

Gramma

INTERNACIONAL

HAVANNA
DEZEMBER 1997

Postvertriebsstück y 9229
Entgelt bezahlt

Jahrgang 32 Nummer 12
DM 2.50; Preis in Kuba 1.00 USD



Die Prinzipien der Revolution werden nicht verkauft und nicht verraten

• Fidel auf dem VII. Gipfel der Iberoamerikanischen Staaten

Seiten 4 und 5

NEUE MILITÄRISCHE DROHUNGEN AUS DEM US-KONGREß

Der makabre Witz des Senators Graham

Seite 14



Margarethe von Trotta und Volker Schlöndorff in den Kinos von Havanna

19. Festival des lateinamerikanischen Films mit breitem Angebot

Seite 12

Verhandlungen über ein Kulturabkommen mit der BRD

• Staatsminister Schäfer zeigt sich optimistisch, daß die Investitionshemmnisse für deutsche Unternehmer bald beseitigt werden können

Seite 3

RAUL CASTRO IN CHINA

• Treffen mit Jiang Zemin
• Gemeinsame Anstrengungen gegen die Plage Thrips Palmi

Seite 13



Demonstration für einen freien internationalen Handel

• Starke europäische Präsenz auf FIHAV '97

Seite 6

SECHSTER ABSTIMMUNGSERFOLG IN DER UNO

Die Welt sagt NEIN zur Blockade



• 147 Länder unterstützten den kubanischen Antrag, drei stimmten dagegen und 17 enthielten sich der Stimme

Seiten 7 bis 9

Granma
INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA UND
LATEINAMERIKA

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial,
Plaza de la Revolución "José Martí",
Apartado Postal 6260, La Habana 6,
Cuba. C.P. 10699 Telex: 0511 355 /
0511 221. Fax: 53-7-33-5176 und
33-5826 Tel: 81-6265 / 81-7443
Zentrale: 81-3333 App. 23 und 38

E-MAIL
redac@granma.get.cma.net

GENERALDIREKTOR

Frank Agüero Gómez

CHEFREDAKTEUR

Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER

Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF

Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION

Cino Colina

PRODUKTIONSCHEF

Rubén Pons Vélez

TEAMCHEFS

Layout

Orlando Romero Fernández
Tel. 81-6021

Deutsche Ausgabe

Hans-Werner Richert
Tel. 81-6021

Spanische Ausgabe

Gustavo Becerra Estorinos
Tel. 81-6021

Englische Ausgabe

Mercedes Guillot
Tel. 81-6054

Französische Ausgabe

Frédéric Woungly-Massaga
Tel. 81-6134

Portugiesische Ausgabe

Miguel Angel Alvarez
Tel. 81-6054

Vertrieb und Abonnements

Miguel Domínguez Hernández
Tel. 81-9821

Druck
Zeitungsverlag Granma,
Havanna, Cuba

NACHDRUCK

Brasilien

INVERTA

• Cooperativa de trabalhadores em
Serviços Editoriais e Notícias Ltda. Rua
Regente Feijó, 49 - 2º andar CEP
20.060-060 Rio de Janeiro
Tel. und Fax 242-1320

Bundesrepublik
Deutschland

• TRIBÜNE DRUCK GMBH
Am Treptower Park 28-30
12435 Berlin

Kanada

• ANPO

P.O. Box 156, Station A Toronto,
Ontario, Canada M5M 2T1
Anzeigen und weitere Information:
Tel./Fax (416) 253-4305

Argentinien

Sr. Gregorio Hayrabedian Samiénto Nº
1574 Piso 2-A C.F. Buenos Aires,
Argentina Tel: 331-5761 et 342-1579

Venezuela

• GRUPO BARAGUA, C.A. Av. A. Bello,
Edif. Ctro. A. Bello, Torre Este - Piso
14-Ofic. 141-E Caracas - Venezuela Tel:
781.60.35 Fax: 794.00.57

Frankreich

S.E.N.P.O.

S.A.R.L. au Capital de 2000 FS. Sial:
63, rue Croulebarbe - 75013 PARIS
Tél: 01 43 37 86 16 - Fax: 01 43 31 04 31
RCS PARIS B - SIRET 403 077 456
00016 - APE 221C

WEBSITE INTERNET:

<http://www.granma.cu>

ISSN 1028-088X



NEUROWISSENSCHAFTEN

Mehr als nur Technologie

MARELYS VALENCIA ALMEIDA -
Granma Internacional

PHOTOS JORGE VALIENTE

• IN Kuba sind zwischen 1962 und 1997 mehr als 140 Neurochirurgen ausgebildet worden. Diese Tatsache ist Produkt des breiten Zugangs der Bevölkerung zu den medizinischen Dienstleistungen. In den 60er Jahren dagegen, nach der Abwanderung der Ärzte in die Vereinigten Staaten, gab es nur noch fünf praktizierende Ärzte auf diesem Gebiet.

Proportional zur Einwohnerzahl liegt die aktuelle Zahl damit über der hochentwickelter Länder wie Frankreich, wo es bei 58 Millionen Einwohnern 180 Neurochirurgen gibt.

Die Entwicklung dieses medizinischen Fachs ist nicht nur auf den technologischen Fortschritt zurückzuführen, denn in den meisten Nationen, die über hochmoderne Verfahren auf diesem Gebiet verfügen, sterben viele Patienten, weil sie die Operationskosten nicht aufbringen können, wie Dr. Roger Figueredo Granma Internacional gegenüber erklärte. Dr. Figueredo ist Ehrengast des 5. Kongresses für Neurochirurgie, der im Medizinisch-Chirurgischen Forschungszentrum (CIMEQ) in Havanna stattfand.

Die Redensart "Wer rastet, der rostet" ist teilweise anwendbar auf den Nutzen, den der häufige Einsatz dieser Fertigkeit nicht nur für den Patienten, sondern auch für den Arzt selbst hat, dessen Arbeits-erfahrung bereichert wird. Allein im

dem Gebiet der Neurochirurgie, denn sie werden gratis behandelt. Die Kosten übernimmt die Regierung, die auch die modernen Geräte erwirbt.

Techniken der letzten Generation wie die stereotaktische Chirurgie kommen hier zum Einsatz. Mit der Vervollkommnung der Neurochirurgie, wobei über Computer mit moderner Software und mechanischen Meßinstrumenten tief liegende Punkte im Gehirn exakt lokalisierbar und Operationen bei kleinster Schädelöffnung durchführbar sind, ist das erste kubanische stereotaktische System *Estereoflex* entstanden.

Mit dem System können einige Einschränkungen ähnlicher, weltweit vermarkteter, Systeme überwunden werden, die auf dem Prinzip des zentrierten Bogens aufbauen, wie die in diesem Typ führenden *Leksel, ZD, CRW* und *Microma*. Es berücksichtigt außerdem die modernen stereotaktischen Verfahren in der Chirurgie am offenem Schädel durch den Einsatz mikrochirurgischer Methoden.

Wie Dr. Luis Ochoa, einer der Väter dieses Projekts und Leiter des Fachdienstes im CIREN, erklärte, wird die kubanische stereotaktische Chirurgie durch *Estereoflex* gestärkt.

Die Fortschritte auf dem Gebiet der Neurowissenschaften in Kuba konzentriert sich seit 1990 auf die Einführung neuer chirurgischer Verfahren besonders bei Hirntumoren und Gefäßmißbildungen.

Wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landes kann Kuba nicht alle Fortschritte dieser Wissenschaft in den Fachinstituten einführen. Dennoch konnten sich kubanische Neurochirurgen Kenntnisse in Japan, der BRD, Spanien, Bulgarien, Mexiko und der ehemaligen Sowjetunion aneignen.

Heute spezialisieren sich ca. 50 junge Ärzte auf diesem Gebiet. Entsprechend wird erwartet, daß im Jahr 2000 die Zahl der Neurochirurgen über 180 liegen wird. Diese Anzahl ist im Zusammenhang zu sehen mit dem Stand der Entwicklung, den andere Institute des Landes erlangen werden.



Institut für Neurorestauration (CIREN) sind über 600 Gehirnoperationen vorgenommen worden, vor allem bei komplizierten Aneurysmen (Arterienerweiterungen), eine Anomalie, die vor 20 Jahren noch nicht chirurgisch behandelt werden konnte. Im CIMEQ sind in den letzten sechs Jahren zumeist erfolgreiche Eingriffe bei zwölf Makroaneurysmen durchgeführt worden. Die Kosten für Gehirnoperationen schwanken je nach Schwierigkeitsgrad zwischen 15.000 und 200.000 Dollar. In Kuba sind die Patienten die Nutznießer der Fortschritte auf



Staatsminister Helmut Schäfer (4. v.r.) beim Gespräch mit der Stellvertretenden Außenministerin Kubas, Isabel Allende

BEZIEHUNGEN BRD - KUBA

Widersprüchliche Signale aus Bonn

HANS-WERNER RICHERT
- Granma Internacional

• Staatsminister im Auswärtigen Amt für fünf Tage zu Besuch auf der Insel
• Ratifizierung des Investitions-schutzabkommens voraussichtlich in den nächsten Monaten • BDI plant Wirtschaftsdelegation • Verhandlungen über ein Kulturabkommen beginnen

• DIE Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kuba haben durch den Besuch des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, vom 16. bis 20. November neue Impulse bekommen. Sein umfangreiches Programm umfaßte Gespräche mit Staatspräsident Fidel Castro, Vizepräsident Carlos Lage und Vertretern verschiedener Ministerien sowie Besichtigungen von wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in der Hauptstadt und den Provinzen Havanna und Matanzas.

Der Staatsminister betonte gegenüber Granma Internacional, er habe an seine in den Jahren 1985 und 1989 durchgeführten Aufenthalte anknüpfen können und "mit großem Interesse die Zeichen des Wandels zur Kenntnis genommen, den das Land inzwischen durchlaufen hat".

"Meine Gespräche mit der kubanischen Regierung konzentrierten sich auf die weitere Entwicklung unserer bilateralen politischen Beziehungen, auf den Ausbau der wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch der kulturellen Beziehungen, denen wir besonderes Gewicht beimessen", erklärte er und fügte an, "wir

sind übereingekommen, nunmehr mit konkreten Verhandlungen über ein Kulturabkommen zu beginnen."

Möglichkeiten für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen seien durchaus gegeben, so Schäfer, und zwar nicht nur im Tourismus. "Kuba wird auch für die deutsche Wirtschaft desto interessanter, je mehr es sich wirtschaftlich öffnet." Entsprechend kündigte er an, daß der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) für November 1998 plane, eine Wirtschaftsdelegation nach Kuba zu entsenden, um die Möglichkeit eines verstärkten deutschen Engagements zu prüfen. Voraussetzungen für ein derartiges Engagement, also z.B. für Investitionen sei aber, daß die Rahmenbedingungen stimmten. Seiner Meinung nach bedeute dies, "daß in den wesentlichen Bereichen der Infrastruktur, wie z.B. im Transportwesen und in der Telekommunikation Modernisierungen erfolgen".

Auf die Frage, wann mit der Ratifizierung des Abkommens über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Investitionen zu rechnen sei, das beide Staaten im Mai letzten Jahres unterzeichnet hatten, erklärte der Staatsminister, der entsprechende Gesetzentwurf sei von der Bundesregierung verabschiedet und dem Bundestag zugeleitet worden. "Ich rechne mit einer Beschlußfassung unseres Parlaments schon in den nächsten Monaten, sodaß das Abkommen im Frühjahr 1998 in Kraft treten kann."

Damit wäre sicher ein wichtiges Hindernis für verbesserte wirt-

schaftliche Beziehungen aus dem Weg geräumt. Doch ein weiteres Problem steht nach wie vor im Raum: Die aus den besonderen wirtschaftlichen Beziehungen Kubas zur DDR herrührenden sogenannten Altschulden. Schäfer zu diesem Problem: "Die kubanische Regierung und die Bundesregierung eint das Bestreben, die Frage der kubanischen Schulden, die sich aus Altschulden gegenüber der DDR einerseits und der Bundesrepublik Deutschland andererseits zusammensetzen, möglichst bald zu lösen. Gelegenheit dazu wird die nächste Verhandlungsrunde der Fachleute bereits im Januar 1988 in Havanna bieten."

Erst vor wenigen Monaten war ein Milliardengeschäft geplatzt, das der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe bei seinem Besuch im April diesen Jahres initiieren wollte. Das Neue Deutschland vom 8. August zitierte dazu den Hauptgeschäftsführer der brandenburgischen Wirtschaftsförderung, Knut Solzbacher, wie folgt: "Die Verhandlungen mit der Bundesregierung über neue Hermes-Bürgschaften haben nicht zum Erfolg geführt."

Und nur Wochen vor der Visite des Staatsministers wurde eine Meldung von verschiedenen Presseagenturen verbreitet, nach der eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und Kuba von der Begleichung der Altschulden abhängt.

Schäfer dagegen betonte, die Bundesrepublik, "wie alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, möchten Kuba bei der Fortentwicklung und Öffnung der kubanischen Wirtschaft ein Partner sein", und nach seiner Rückkehr in die BRD zeigte er sich laut afp in einem Interview mit dem Deutschlandradio optimistisch, daß man in 1998 in dieser Frage zu einem positiven Ergebnis kommen könne.

Ein vielversprechendes Signal in diese Richtung ist sicher auch das Abstimmungsverhalten der deutschen Delegation in der UNO, als es um die Verurteilung der US-Blockade gegen Kuba ging. Gemeinsam mit den anderen EU-Staaten unterstützte sie den kubanischen Antrag. Schäfer unterstrich diese Position laut afp, indem er sich für ein "Ende des Embargos" aussprach und betonte, es gäbe eine große Zahl deutscher Unternehmen, die am Handel mit Kuba oder an Investitionen auf der Insel interessiert seien.

Bleibt abzuwarten, ob die Bundesrepublik sich in diesen Bereichen ihren EU-Partnern anschließt, von denen nicht wenige weitaus stärker in Kuba engagiert sind.

Gegenüber Granma Internacional äußerte sich Schäfer abschließend mit den Worten: "Insgesamt stimmt mich mein Besuch hoffnungsvoll für die Fortentwicklung unserer Beziehungen auf allen Gebieten."

ZOOM

NEUER VORSITZENDER DES INDER

• AUF Vorschlag des Politbüros der Partei beschloß der Staatsrat der Republik Kuba den Vorsitzenden des Nationalen Institutes für Körpererziehung, Sport und Freizeitgestaltung (INDER), Reynaldo González López, von seiner Aufgabe zu befreien und dieses Amt Humberto Rodríguez González zu übertragen. Rodríguez González war bisher Vorsitzender der Provinzversammlung und des Verwaltungsrates der *Poder Popular* in der Provinz Villa Clara.

DIE BEDEUTUNG DER UMWELT

• EINE kanadische Delegation für Industrie und Umwelt besuchte Havanna auf Einladung der Ministerien für Wissenschaft, Technologie und Umwelt sowie für Grundstoffindustrie. Neben einem breiten Programm führte die kanadische Delegation, unter der Leitung von Lucien Bradet (Industrie) und Edward Morrena (Umwelt) einen Gedankenaustausch mit dem Adjutanten von Präsident Fidel Castro, Jesús Montané, im Palast der Revolution.

US-AMERIKANISCHER BESUCH

• EINE Delegation von Militärangehörigen a.D., Akademikern und ehemaligen Diplomaten des Informationszentrums für Verteidigung und des Internationalen Zentrums für Politik der USA führten unter Leitung des Konteradmirals Eugene J. Carrol und Herrn Robert E. White einen Privatbesuch in Havanna durch. Sie trafen mit Vertretern verschiedener kubanischer Einrichtungen zusammen und besuchten militärische und zivile Anlagen. Bei ihrer Ankunft wurden sie vom kubanischen Kosmonauten, Brigadegeneral Arnaldo Tamayo, empfangen.

VÖLKERRECHT

• DIE Kubanische Gesellschaft für Völkerrecht in der Juristenunion und das Kubanische Rote Kreuz laden zu einem Workshop zum Völkerrecht ein, der vom 9. bis zum 11. März 1998 im Kapitol von Havanna stattfinden wird. Themen sind unter anderem Internationale Gerichte für Verbrechen gegen die Menschheit; die Konventionen von Den Haag und Genf sowie Völkerrecht und Menschenrechte.

IMPfung GEGEN BRUSTKREBS

• IN Havanna wurde mit dem klinischen Test eines therapeutischen Impfstoffes gegen Brustkrebs begonnen, der vom Institut für Molekulare Immunologie hergestellt wird. Die Tests werden an freiwilligen Patientinnen auf der chemotherapeutischen Versuchsstation im Nationalen Institut für Onkologie durchgeführt. Die erste Studienphase wird ein Jahr dauern.

SYMPOSIUM ÜBER KERntechnik

• ÜBER 300 Experten aus 47 Ländern beteiligten sich am Ersten Internationalen Symposium über Kerntechnik und deren Verbindung zur Landwirtschaft, Industrie, Gesundheit und Umwelt, das im Kapitol von Havanna stattfand.

Österreich und Kuba festigen Handelsbeziehungen

• EIN Protokoll über industrielle und wissenschaftliche Zusammenarbeit wurde kürzlich, nach dreitägigen Verhandlungen der Gemischten Kommission für bilaterale Zusammenarbeit in Havanna, zwischen Österreich und Kuba unterschrieben. Das Dokument unterzeichneten die Vizeministerin für Ausländische Investitionen der Insel, Marta Lo-

mas, und ihr österreichischer Kollege, Josef Mayer. Lomas gab zum Ausdruck, die Vereinbarung eröffne einen neuen Abschnitt in den bilateralen Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen beider Länder. Mayer bekräftigte das Interesse seines Landes, die Verbindungen zu Kuba zu festigen.

Wir werden die Ideen, für die wir unser Leben lang gekämpft haben, weiterhin verteidigen

REDE DES COMANDANTE EN JEFE FIDEL CASTRO RUIZ, ERSTER SEKRETÄR DES ZENTRAL-KOMITEES DER PARTEI UND VORSITZENDER DES STAATSRATES UND DES MINISTERRATES, AUF DER VII. IBEROAMERIKANISCHEN GIPFEL-KONFERENZ AUF DER VENEZOLANISCHEN INSEL MARGARITA AM 8. NOVEMBER 1997, "JAHR DES 30. TODESTAGES DES HELDENHAFTEN GUERRILLERO UND SEINER MITKÄMPFER"

Herr Präsident von Venezuela,
Dr. Rafael Caldera!

Majestät!
Exzellenzen!



Mexiko lud Kuba zur ersten Gipfelkonferenz ein. Scheinbar war die Zeit nun gekommen, dem willkürlichen und beschämenden Ausschluß eines kleinen Landes ein Ende zu bereiten, das mit großer Würde, in einsamem und heldenhaftem Kampf sein Existenzrecht verteidigt. Aber jene, die unsere Völker tausendfach angegriffen, ge-

teilt und gedemütigt haben, wollten sich niemals mit der Anwesenheit Kubas auf diesen Gipfeltreffen abfinden. Diesmal schickten sie Gesandte mit der Absicht in alle Länder, zu sabotieren oder uns sogar den Sitz für 1999 streitig zu machen. Sehr wenige Regierungen waren zu dem Spiel bereit. Das Argument, Kuba erfülle die Vereinbarungen der Gipfeltreffen nicht, war die zynische, von den Prokonsuln der USA erarbeitete Theorie.

Ich sehe mich darum verpflichtet, daran zu erinnern, daß es in Kuba eine Revolution gab, gibt und immer geben wird, deren Prinzipien weder verkauft noch verraten werden; daß wir niemals auf unser politisches, wirtschaftliches und soziales System verzichtet haben.

Für eine wirkliche Demokratie, eine Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk,



und nicht der Reichen, durch die Reichen und für die Reichen, und für die Verteidigung der heiligsten Rechte jedes einzelnen Menschen haben wir in dieser Zeit der vielen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten mehr als sonst jemand gekämpft. Mögen unsere Kinder mit den niedrigsten Sterblichkeitsraten in der gesamten Dritten Welt Zeugnis davon ablegen; unsere Bevölkerung, die durchgängig alphabetisiert ist; die Millionen Mütter, die Geburten mit weniger Todesfällen als in jedem anderen Land Lateinamerikas zu verzeichnen haben; oder unsere alten Menschen, die über 75 Jahre alt werden, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Mag das außergewöhnliche Volk sprechen, das fast vierzig Jahre lang der bisher längsten und verbrecherischsten Wirtschaftsblockade standhielt.

Wir haben auf allen Gipfeltreffen für die Einheit und den Konsens gearbeitet. Wir haben unsere Art zu denken stets mit völliger Loyalität in öffentlichen und geschlossenen Versammlungen zum Ausdruck gebracht. Wir haben jedes Kon-

zept in der Form unterschrieben, wie wir es interpretiert haben, und wir haben uns nur den Werten gegenüber verpflichtet, an die wir glauben und für die wir bereit sind, unser Leben zu geben.

Mögen sich andere den Lügen und Betrügereien, den Illusionen und Interessen der Mächtigen dieser Welt beugen. Wir werden die Ideen, für die wir unser Leben lang gekämpft haben, weiterhin verteidigen, zusammen mit den Armen, den Kranken ohne Ärzte und Medikamente, den Eltern ohne Arbeit, den Hunderten Millionen Jungen und Mädchen, die ihrem Schicksal überlassen sind und arbeiten müssen oder sich prostituieren, um leben zu können, den Hungernden, den Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Erde, die die

übergroße Mehrheit der Menschheit darstellen.

Ein völliger Richtungswechsel ist das Sittlichste, Demokratischste und Revolutionärste, was in der heutigen Welt geschehen muß, auch wenn dies noch wenige Politiker begreifen.

Wenn man über das Thema diskutieren will, möge man es tun, und jeder solle sich entsprechend seines Bewußtseins auseinandersetzen mit den unwiderlegbaren Zahlen und den spürbaren Realitäten, die Ausdruck der beschleunigten Entwicklung einer unhaltbaren weltweiten Finanzspekulation sind, der zunehmenden Verletzbarkeit der nationalen Wirtschaften, der Zerstörung der Natur, der ungewissen Zukunft und des bodenlosen Abgrunds, in den uns der blinde und unkontrollierbare Neoliberalismus und eine erdrückende und brutale Globalisierung unter der Regie der mächtigsten und egoistischsten Großmacht der Geschichte führen. Man muß nicht warten, bis die Währungen ihren Wert verlieren und die Börsen zusammenbrechen.

Vielen Dank. (Beifall)

Iberoamerikanische Länder verurteilen erneut die Blockade

• Kritik am Helms-Burton-Gesetz in die Abschlusserklärung aufgenommen • Die Anwesenheit Präsident Fidel Castros und seine Rede gehörten zu den herausragendsten Ereignissen des Gipfels

• OHNE größere Ansprüche als die vorhergegangenen und mit einer noch vor Ende des offiziellen Programms angenommenen Abschlusserklärung, die aufs neue in schärfster Form die Blockade gegen Kuba verurteilt, endete der 7. Iberoamerikanische Gipfel auf der venezolanischen Insel Margarita.

Zu den stärksten Erklärungen des Treffens der Staats- und Regierungschefs, unter denen Präsident Fidel Castro nach Meldungen der örtlichen Presse der am meisten erwartete und populärste war, zählte die Ablehnung des Helms-Burton-Gesetzes, das die Formen des ökonomischen Drucks auf die Insel auf einen Nenner bringt.

Die Abschlusserklärung beinhaltet buchstäblich "die energischste Verurteilung" seiner Anwendung, und der jüngsten Aktionen des US-Kongresses, die "darauf aus sind, den Geltungsbereich ihrer Gesetzgebung auszudehnen".

Das im Verlaufe des Jahres ausführlich in den nationalen Koordinierungsversammlungen ausgehandelte Dokument ruft "die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf, die Anwendung dieses Gesetzes, das sich gegen

die Prinzipien des internationalen Zusammenlebens und gegen den Geist der Zusammenarbeit und der Freundschaft richtet, noch einmal zu überdenken".

Die iberoamerikanischen Staatsoberhäupter, die sich seit den ersten Gipfeltreffen gegen antikubanische Maßnahmen aussprechen, wenn auch zu Beginn in sehr indirekter Form, unterstrichen jetzt ihre Besorgnis, über "die steigende Tendenz, unilaterale und extraterritoriale gesetzliche Maßnahmen eines Staates auf andere anzuwenden".

Washington wurde von den auf dieser 7. Gipfelkonferenz versammelten 20 Präsidenten, zwei Regierungschefs und einem Außenminister (nur Ecuador war nicht anwesend) in einer Form angeklagt, wie es auf den vorhergegangenen Versammlungen dieser Art wahrscheinlich nie der Fall war. Sie kritisierten, daß "diese Tendenz, die in der Beurteilung der Menschenrechte deutlich wurde, in den Verfahren zur Anerkennung des Kampfes gegen den Drogenhandel, in Umweltfragen und in Versuchen, die Zusammenarbeit vom Abstimmungsverhalten der Länder in in-

ternationalen Organen abhängig zu machen, die internationale Ordnung und die Harmonie, von der sich die zwischenstaatlichen Beziehungen leiten lassen sollten, belastet".

Die Schlußerklärung kritisiert die Bürde, die die Auslandsschuld für einige Länder darstellt, verurteilt den Terrorismus in all seinen Formen und stellt sich hinter die Entscheidung der mittelamerikanischen Präsidenten, einen Prozeß zur "allmählichen und fortschreitenden" regionalen Einheit zu beginnen.

Die kubanische Delegation, zu der ebenfalls Außenminister Roberto Robaina und der nationale iberoamerikanische Koordinator, Vizeminister Jorge Bolaños, zählten, konnte einen neuen Gedanken in das Schlußdokument einbringen, der von den Präsidenten übernommen wurde: die Demokratie, die Achtung aller Menschenrechte, und damit auch das Recht auf Entwicklung, sind voneinander abhängig und stärken sich gegenseitig.

AKTIVITÄTEN PRÄSIDENT FIDEL CASTROS

Der kubanische Präsident Fidel Castro führte während seiner An-

wesenheit auf der Insel Margarita Gespräche mit hohen lokalen und ausländischen Persönlichkeiten, darunter mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, und seinem kolumbianischen Kollegen, Ernesto Samper.

Er erhielt Auszeichnungen zweier wichtiger wissenschaftlicher Einrichtungen: den Orden der Zentralen Universität Venezuelas und die Medaille des 200. Jahrestages der Universität der Anden, die an angesehene einheimische und ausländische Persönlichkeiten vergeben wird.

Außerdem traf er sich mit örtlichen Unternehmern, darunter Juan Carlos Navas und Elio Napolitano, und interessierte sich für den Umfang des Warenaustauschs zwischen beiden Nationen, der im vergangenen Jahr fast 300 Millionen Dollar betrug und weiterhin ansteigt. Weiterhin sandte er ein Schreiben an venezolanische Freundschaftsgesellschaften mit Kuba, die zu einer Großveranstaltung aufriefen, an der er aufgrund des dicht gedrängten Programms nicht teilnehmen konnte.



Terroranschlag auf Fidel vereitelt

• Beamte des US-Zolls und der Küstenwache in Puerto Rico verhafteten vier Konterrevolutionäre kubanischer Herkunft, die ein Attentat auf den kubanischen Präsidenten während des VII. Iberoamerikanischen Gipfels auf der venezolanischen Insel Margarita planten. Die vier transportierten großkalibrige Präzisionsgewehre auf dem Schiff eines Vorstandsmitglieds der Kubanisch-Amerikanischen Stiftung, deren Vorsitzender der annexionistische Mafiosi Jorge Mas Canosa ist

NIDIA DÍAZ - Granma

• MELDUNGEN diverser ausländischer Nachrichtenagenturen zufolge ist am 28. Oktober das Schiff eines Vorstandsmitglieds der Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung (FNCA) mit schweren Waffen und Munition an Bord von der US-Küstenwache aufgebracht worden. Nach Angaben eines Besatzungsmitglieds sollten die Waffen bei einem Mordanschlag auf Präsident Fidel Castro während seines Aufenthalts anlässlich des VII. Iberoamerikanischen Gipfels auf der Insel Margarita eingesetzt werden.

Der Eigentümer der *La Esperanza*, so der Name des Schiffes, ist Juan Antonio Llama, Leitungsmittglied der FNCA, deren Vorsitzender der berühmte annexionistische Konterrevolutionär und Mafiosi Jorge Mas Canosa ist. Der 66jährige Llama gehörte der Brigade 2506 an, die 1961 in der Schweinebucht zerschlagen wurde. Er hatte allerdings nicht an der Landung teilgenommen, da er begleitende Geheimdienstarbeiten durchführte.

Erklärungen anderer Vorstandsmitglieder der FNCA bestätigten, daß Llama die Aufgabe hatte, diese konterrevolutionäre Gruppe in Spanien zu repräsentieren. In dieser Funktion war er auch Ende 1996 einer der Mitbegründer der sogenannten Spanisch-Kubanischen Stiftung, die in Madrid unter der Schirmherrschaft ihrer Schwesterorganisation in Florida gegründet worden war.

Erste Meldungen der Tageszeitung *El Nuevo Herald* aus Miami identifizierten die vier Männer der Schiffsbesatzung als Angel Manuel Alfonso (Kapitän), Angel Hernández Rojo, Juan Bautista Márquez und Francisco Secundino Córdova. Alle sind kubanischer Herkunft, drei



Das Hilton Hotel auf der Insel Margarita war der Tagungsort des Gipfels

von ihnen haben die US-Staatsbürgerschaft angenommen und einer befindet sich im Anerkennungsprozeß als politischer Asylant.

Der Meldung zufolge waren alle nahe der Küste von Cabo Rojo in Puerto Rico, an Bord der *La Esperanza* festgenommen worden. Das Schiff mit aus Florida stammenden Kennzeichen FL390EM ist 46 Fuß lang und gehört der Nautical Sports Incorporated, deren Direktor, Präsident, Sekretär und Schatzmeister Llama ist. Ein Motorschaden hatte die Küstenwache auf das Schiff aufmerksam gemacht, die veranlaßte, daß es an die puertorikanische Küste gebracht wurde.

Dort wurde es einer Zollinspektion unterzogen, weil die Besatzung statt der Originale nur Kopien der Schiffs-papiere vorzeigte, die den Besitzer und die Seetüchtigkeit auswiesen. Die Beamten des Zoll und Küstenwache entdeckten dabei einen doppelten Boden, unter dem zwei halbautomatische Barret-Sturmgewehre

Kaliber 50 und sieben Kartons Munition versteckt waren.

"Dieser Waffentyp, der bei Angriffen auf gepanzerte Autos und ganz spezifische Ziele benutzt wird, zeichnet sich durch große Präzision aus", äußerte dem *Herald* gegenüber ein ehemaliger Angehöriger der US-Armee, der anonym zu bleiben wünschte.

Nach eidesstattlicher Erklärung des Sonderzollbeamten Ismael Padilla, die der Zeitung aus Miami in Kopie vorliegt, gestand Kapitän Angel Manuel Alfonso die Attentatspläne gegen Fidel Castro, als der Sonderzollbeamte Marco Rocco ihn bei der Festnahme über seine verfassungsmäßigen Rechte belehrte.

Zunächst, so berichtet *El Nuevo Herald*, wurden die vier Terroristen wegen Verschwörung und illegalen Waffenbesitzes verhaftet. Untersuchungsrichter Jesús Castellanos verwarf die Klage auf Verschwörung und setzte die Kautions auf 50.000 bzw. 30.000 Dollar fest, die allerdings nur Alfonso und Hernández zahlen konnten.

Bundesrichter Daniel Domínguez war später jedoch mit dem Regierungsgesuch einverstanden, alle in Gewahrsam zu belassen, bis die Staatsanwälte die Gründe zur Verweigerung einer Freilassung gegen Kautions vorlegen.

Laut Presseinformationen aus

San Juan in Puerto Rico, bestätigte FBI-Sprecherin Sara Lema, ihre Behörde habe die Zuständigkeit für die Untersuchung des Falles in Zusammenarbeit mit dem Zoll übernommen. Die Untersuchungen stünden noch am Anfang.

Nach *El Nuevo Herald* habe eine nicht identifizierte Quelle von einem der Verhafteten erfahren, daß die *La Esperanza* am Sonntag, dem 26. Oktober, in Coral Gables ablegte und die Besatzung sie nach einem Motorschaden zur Reparatur an die Küste der Bahamainsel Gran Inagua gebracht hatte.

Da die technischen Probleme andauerten, habe das Schiff dann noch einmal in Puerto Plata in der Dominikanischen Republik anlegen müssen. Später habe es sich bei einem Sturm eine Havarie am Bug zugezogen. Beim Versuch der Besatzung, den Schaden auf hoher See zu beheben, sei es von der US-Küstenwache zufällig entdeckt worden.

Presseversionen zufolge veranlaßte das Bekanntwerden und die Verbreitung des gescheiterten Terroranschlags die Regierung Venezuelas, die Sicherheitsmaßnahmen zur See und in der Luft rund um die Insel Margarita, auf der vom 7. bis 9. November die iberoamerikanischen Staats- und Regierungschefs zusammentrafen, zu verstärken.

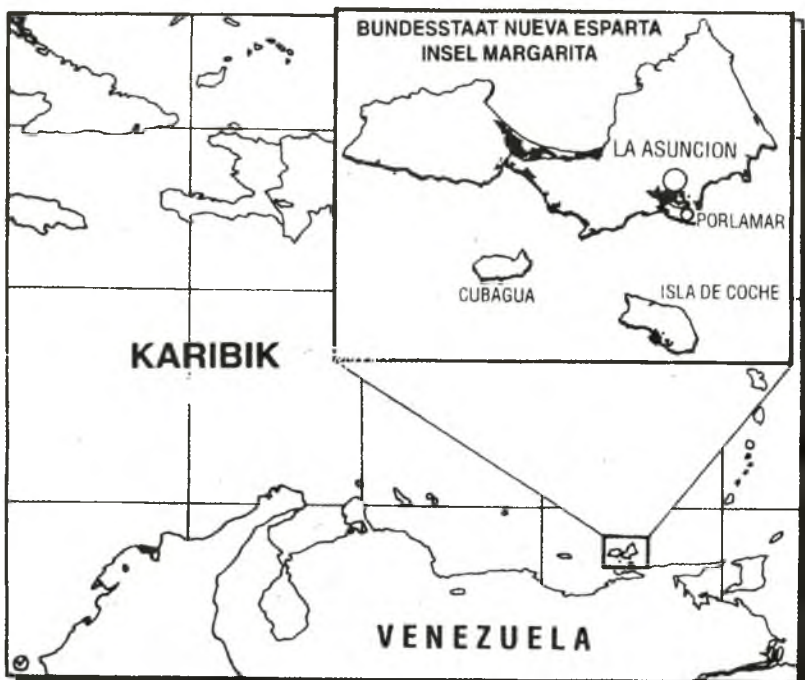
Konterrevolutionäre aus Margarita ausgewiesen

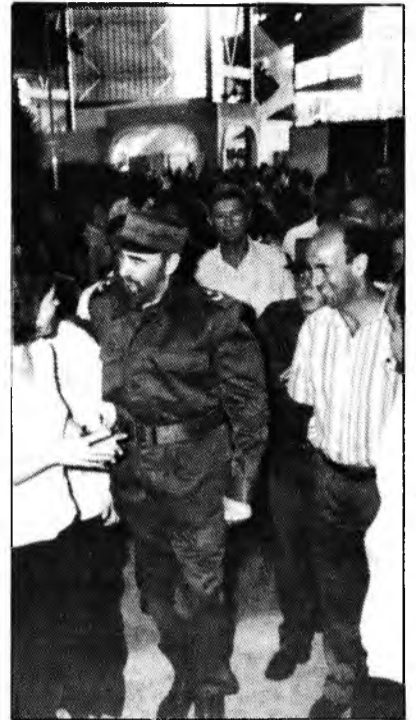
ISLA MARGARITA (P L) - Die venezolanischen Behörden verhafteten sieben Konterrevolutionäre kubanischer Herkunft und veranlaßten ihre Ausweisung von der Insel Margarita, die Sitz des VII. Iberoamerikanischen Gipfels war.

Die Aktion erfolgte nach der polizeilichen Durchsuchung einer Wohnung, in der die Gruppe eine Versammlung abhielt, hieß es in Pressemeldungen.

Diesen Meldungen zufolge wurde die Gruppe, der auch die Mitglieder der konterrevolutionären *Plataforma Democrática Cubana* (Kubanische Demokratische Plattform) Alberto Montaner, Roberto Fontanilla und Emilio Martínez Venegas angehören, nach Caracas überführt.

In den letzten Wochen haben die venezolanischen Behörden mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, keinerlei Provokationen gegen die am Gipfel teilnehmenden Länder zuzulassen.





Präsident Fidel Castro eröffnete die Messe

FIHAV
1997

Unterstützung für das Recht auf freien Handel

• Unternehmer demonstrieren ihr Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes

JOAQUIN ORAMAS,
FOTOS: AHMED VELAZQUEZ
- Granma Internacional

• DIE 15. Internationale Messe von Havanna, die vom 2. bis 9. November stattfand, war nicht nur ein natürliches Forum für Geschäftsleute aus 61 Ländern, sondern darüber hinaus eine Demonstration, wie internationaler Handel frei getrieben werden kann.

Trotz der permanenten Androhung von Repressalien durch die Anwendung des Helms-Burton-Gesetzes, kamen in der kubanischen Hauptstadt einige tausend Unternehmer, Geschäftsleute und Spezialisten von über 1.900 ausländischen und kubanischen Unternehmen zusammen, um auf dem größten Messegelände des Landes, EXPOCUBA, auszustellen. Das Angebot reichte von Maschinen, Ausrüstungen, Artikeln für Haushalt und Industrie und umfaßte mehr als zehntausend Posten. Beachtlich war die Qualitätsverbesserung des nationalen Angebotes, vor allem bei neuen vermarktungsfähigen Produkten und Dienstleistungen.

Traditionell waren Spanien, Mexiko, Italien und Kanada am stärksten mit Ausstellern vertreten.

Hervorzuheben ist die Beteiligung von ca. 25 Handelskammern und Unternehmerverbänden aus verschiedenen Kontinenten.

Der spanische Ausstellungsstand mit 165 Ausstellern wurde vom Staatssekretär für Handel, Tourismus und Mittelstand der Madrider Regierung, José M. Fernández Noriella, besucht. Seinen Besuch wertete er als Ausdruck der gefestigten

Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der systematischen und nachhaltigen Beteiligung der spanischen Unternehmer an wichtigen Wirtschaftssektoren der Insel.

An dem Tag, der auf dieser größten kubanischen Handelsbörse Frankreich gewidmet war, besuchte der Stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates, Carlos Lage, die Messe und sprach bei dieser Gelegenheit mit dem Stellvertretenden Direktor für wirtschaftliche Beziehungen des französischen Außenhandelsministeriums, P. H. Ravier, der die wachsende Präsenz französischer Firmen in Kuba hoch bewertete. Dies sei ein glaubwürdiger Beweis für das Vertrauen in den kubanischen Markt, erklärte er. Das kubanische Regierungsmitglied teilte mit, Frankreich sei eins der Länder, die sich am aktivsten an der Öffnung für Auslandsinvestitionen in Kuba beteiligt haben. Nach Spanien sei Frankreich das Land in Europa, mit dem der bedeutendste Wirtschafts- und Handelsaustausch

abgewickelt werde, und die Aussichten seien augenblicklich sehr gut.

Lage besuchte ebenfalls den mexikanischen Pavillon, und sprach dort mit Enrique Vilatela, Generaldirektor der Nationalen Außenhandelsbank dieses Landes. Sie schätzten die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern ein, und Vilatela unterstrich, daß sich die kleinen und mittleren mexikanischen Betriebe einen Platz im Handel mit Kuba erarbeitet hätten. Damit trügen sie zum Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen Kuba - Mexiko bei.

Die wachsende Präsenz Kanadas auf der Insel spiegelte sich auch auf der Messe wider. Erstmals gestalteten die Firmen dieses Landes einen eigenen Stand. Es habe sogar Unternehmen gegeben, die aus Platzmangel nicht anwesend waren, sagte Guy Salessé, Handelsrat der diplomatischen Mission Kanadas. Unter den Produktausstellern befanden sich zehn Unternehmen, die Vertretungen in Kuba unterhalten, doch die Mehrheit der über

hundert auf der FIHAV '97 anwesenden kanadischen Firmen stellte zum ersten Mal dort aus.

Die Qualität der kubanischen Ausstellungspalette, an der sich 442 Firmen beteiligten, war ein Beleg für die gestiegenen Exportmöglichkeiten und ein breiteres Angebot. Neben Zigarren, Rum und Kaffee als traditionellen Exportartikeln der Insel, nahmen unter anderem pharmazeutische und biotechnologische Produkte, Erntemaschinen sowie Erzeugnisse der Milchwirtschaft und der Leichtindustrie einen wichtigen Platz ein.

Das progressive Wachstum der Internationalen Messe von Havanna sticht ins Auge. Sie ist die größte in Kuba und eine der bedeutendsten Lateinamerikas. Das Messegelände EXPOCUBA wird trotz seiner ausgedehnten Fläche langsam zu klein. Deshalb prüft die Organisationskommission der Veranstaltung von nun ab Lösungen für die 16. FIHAV im November 1998, für die ein neuer Ausstellerrekord kubanischer und ausländischer Teilnehmer vorausgesagt wird.



Der Stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates, Carlos Lage, nutzte den Besuch am französischen Stand für einen Gedankenaustausch mit Unternehmern dieses Landes

ROBERTO MOLINA - Granma

VEREINTE NATIONEN (PL) - Als die elektronische Tafel der UN-Vollversammlung bei der Abstimmung zum Antrag Kubas gegen die US-Blockade zum Stillstand kam, mußten die Anzahl und die Verteilung der grünen Punkte den starrenden Augen des Washingtoner Vertreters Schmerzen bereitet haben.

143 mal leuchtete diese Farbe auf, 143 von 163 an der Debatte beteiligten Länder stimmten gegen die nunmehr über 35 Jahre anhaltende Aggressionspolitik.

Die drei US-Vertreter warteten auf die roten Signale. Sie mußten sich aber mit dreimal Rot begnügen, ihrem eigenen und dem der beiden Länder, die ihnen schon im vergangenen Jahr beistanden: Israel und Usbekistan.

Ebenso erfolglos und entmutigend war die Suche nach gelben Punkten, den Stimmhaltungen. Es waren nur 17, acht weniger als 1996, als 25 notiert worden waren.

Der Vorsitzende der Nationalversammlung der *Poder Popular*, Ricardo Alarcón, erklärte unmittelbar nach der Abstimmung *Prensa Latina* gegenüber, die internationale Gemeinschaft beweise, daß sich immer mehr Länder gegen die Politik des allmächtigen Washington erheben.

Verglichen mit den 137 Ja-Stimmen von 1996 übertrifft dieses Ergebnis sogar sehr weit die optimistischsten Prognosen, und das, obwohl zwei Mitgliedstaaten weniger anwesend waren.

Das Fernbleiben hat mehrere Ursachen. Zum einen sind es die Länder, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind - wodurch sie ihr Stimmrecht verlieren -, andere ziehen es vor, vorerst in der internationalen Gemeinschaft nicht aufzufallen.

Einer Analyse dieses Ergebnisses zufolge sind die zwölf neuen Länder, die den kubanischen Antrag unterstützen: Bhutan, Kamerun, Kroatien, Dschibuti, Äquatorialguinea, Guatemala, Japan, Jordanien, Kirgisistan, Malawi, Niger und Katar.

Wichtig dabei ist, daß sich bei der Abstimmung von 1996 Bhutan, Guatemala, Japan, Jordanien und Kirgisistan der Stimme enthielten und die übrigen Länder nicht anwesend waren.

Rumänien stimmte im vergangenen Jahr für Kuba, diesmal enthielt

HISTORISCHE ABSTIMMUNG IN DER UNO

Als die Farbe Grün das Imperium erblinden ließ

es sich der Stimme; Nicaragua, Kambodscha, Seychelles, Gambia und Zaire (heute Demokratische Republik Kongo) stimmten vergangenes Jahr für Kuba, in diesem Jahr waren sie aus verschiedenen Gründen nicht erschienen.

Auffallend ist, daß die Plätze der Marshallinseln und Mikronesiens, die sich 1996 der Stimme enthielten, leer blieben.

Nach Meinung von Beobachtern sind die spürbaren Veränderungen zugunsten des Antrags, der vom kubanischen Parlamentspräsidenten Ricardo Alarcón in einer meisterhaften Rede vorgetragen worden war, der beste Beweis dafür, daß Kuba nicht allein ist, und die Versuche sinnlos sind, es zu isolieren und zu ersticken. Diese Absichten stoßen immer mehr auf Ablehnung. In diesem Moment wurde sichtbar, wer wirklich weltweit allein dasteht, denn nur der Delegierte der USA, Victor Marrero, begründete sein Nein, während jene, die ihn in diesem traurigen Unternehmen zur Seite standen, es unterließen.

Mit verhaltener Stimme, sich manchmal dabei versprechend, wiederholte er die alten Ideen von eh und je: eine solche Blockade gebe es nicht, die USA hätten das Recht zu bestimmen, mit wem sie Handel trieben und Beziehungen unterhielten, Kuba sei eine Gefahr für die Menschenrechte ihrer Bevölkerung, und andere vor mehr als drei Jahrzehnten geprägte Phrasen.

Sein Recht auf eine Entgegnung wahrnehmend sagte Alarcón, die UN-Vollversammlung sei Zeuge des jüngsten Ausdrucks der Demokratie im Stil Washingtons gewesen, als sein Vertreter verkündete, was bereits alle wußten, nämlich, daß seine Regierung die 6. Resolution zur Aufhebung der Blockade gegen Kuba nicht anerkennen werde.

"Wer auf diese Weise die ganze Welt herausfordert", bemerkte der kubanische Parlamentspräsident, "muß unweigerlich auch die menschliche Intelligenz beleidigen,

und, wie Salomon bereits lehrte, muß sich seine Sprache zwischen Dummheit und Wahnsinn bewegen".

Alarcón fügte an, in ihrem Glauben, die Welt beherrschen zu können, wollten die USA alle anderen dazu zwingen, ihr politisches System zu kopieren und es zum Weltdogma zu erheben.

"Kuba ist ein völlig souveränes und unabhängiges Land und wird es immer sein. Darum ist es dem

schonungslosesten und längsten Wirtschaftskrieg ausgesetzt", sagte Alarcón.

Abschließend stellte er fest: "Dieser Krieg wird scheitern, weil ein emanzipiertes Volk, der wirkliche Herr seines Landes und seines Schicksals, der tatsächliche Protagonist seines Sozialismus, seiner Demokratie durch nichts besiegt werden kann."

Er mußte nicht noch einmal um das Wort bitten. Der US-Delegierte zog sich zurück, und Sitzungspräsident Gennadi Udovenko, Außenminister der Ukraine, erklärte die Versammlung für geschlossen.

Minuten später umarmte Udovenko Alarcón mitten im Stimmengewirr und Gedränge der vielen Personen im Foyer, die die kubanische Delegation zu ihrem überzeugenden diplomatischen Sieg beglückwünschten wollten.

ABSTIMMUNG NACH LÄNDERN

DAFÜR:

Afghanistan, Albanien, Algerien, Andorra, Angola, Antigua-Barbuda, Äquatorialguinea, Argentinien, Armenien, Äthiopien, Australien, Bahamas, Bangladesch, Barbados, Belgien, Belize, Belorussland, Benin, Bhutan, Bolivien, Botswana, Brasilien, BRD, Brunei, Bulgarien, Burkina Faso, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Dominica, Dominikanische Republik, Dschibuti, DVR Korea, Ecuador, Elfenbeinküste, Eritrea, Fidschi, Finnland, Frankreich, Ghana, Grenada, Griechenland, Guatemala, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Honduras, Indien, Indonesien, Iran, Irland, Island, Italien, Jamaika, Japan, Jemen, Jordanien, Kamerun, Kanada, Kap Verde, Kasachstan, Katar, Kenia, Kirgisistan, Kolumbien, Kongo, Kroatien, Kuba, Laos, Lesotho, Libanon, Libyen, Liechtenstein, Luxemburg, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Malediven, Mali, Malta, Mauretanien, Mauritius, Mexiko, Monaco, Mongolei, Mosambik, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Niederlande, Niger, Nigeria, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Russische Föderation, Salomonen, Sambia, Samoa, San Marino, San Vincent und Grenadinen, Schweden, Sierra Leone, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Slowenien, Spanien, Sri Lanka, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, Südafrika, Sudan, Suriname, Swasiland, Syrien, Thailand, Togo, Trinidad und Tobago, Tschad, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ungarn, Vanatu, Venezuela, Vietnam, Zypern.

DAGEGEN:

Israel, Usbekistan, Vereinigte Staaten von Amerika.

ENTHALTUNGEN:

Estland, Kuwait, Lettland, Liberia, Litauen, Marokko, Mazedonien, Moldau, Nepal, Oman, Republik Korea, Ruanda, Rumänien, Saudi-Arabien, Senegal, Tadschikistan.

ZUR ABSTIMMUNG NICHT ANWESEND:

Ägypten, Aserbaidschan, Bahrain, Bosnien-Herzegowina, Demokratische Republik Kongo, El Salvador, Gabun, Irak, Jugoslawien, Kambodscha, Komoren, Marshallinseln, Mikronesien, Nicaragua, Palau, São Tomé und Príncipe, Seychellen, Somalia, Turkmenistan, Vereinigte Arabische Emirate, Zentralafrikanische Republik.

Die bisher breiteste Verurteilung der Blockade

USA so allein wie nie

Achtzehn Wortmeldungen verurteilten die Blockade und die extraterritorialen Gesetze der USA

VEREINTE NATIONEN, - Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschloß die seither stärkste internationale Verurteilung der US-Blockade gegen Kuba, und fügte den USA damit die größte Niederlage in ihrer antikubanischen Politik zu.

Die 143 Stimmen zugunsten der von Kuba vorgelegten Resolution zur Verurteilung der Blockade bewiesen, daß der Trend anhält, und sich in dieser Debatte jedes Jahr neue Länder anschließen, in der die USA immer mehr isoliert werden.

Die Nachrichtenagentur AFP bemerkt, die drei einsamen Gegenstimmen bildeten "eine der schwächsten Koalitionen, die Washington in der Geschichte dieser internationalen Einrichtung für seine Politik gegen Havanna je erreicht hat". Die gleiche Agentur hebt die Beiträge des mexikanischen UNO-Vertreters, Manuel Tello, und des kolumbianischen Botschafters, Julio Londono, hervor.

Der mexikanische Diplomat bekräftigte erneut

die Opposition seines Landes gegen Zwangsmaßnahmen als Druckmittel in den internationalen Beziehungen und bezeichnete die Blockade und das Helms-Burton-Gesetz wegen seiner Verletzung der Prinzipien der UNO-Charta als inakzeptabel.

Londono stellte klar, daß 124 Länder bereits mit Kuba Handel treiben würden, was den starken Willen der internationalen Gemeinschaft unterstreiche, Washington in dieser Angelegenheit zu trotzen.

Laut *Prensa Latina* haben die 18 Nationen, die sich in der Debatte zu dem Resolutionsentwurf zu Wort gemeldet haben, die Blockade und die Konsequenzen, die sich im internationalen Maßstab aus den antikubanischen Gesetzen ergäben, angeklagt.

Der Agentur zufolge habe die luxemburgische Vertretung, als sie vor der Abstimmung die Position der Europäischen Union erläuterte, die Blockademaßnahmen grundsätzlich und das Helms-Burton-Gesetz wegen seines extraterritorialen Charakters abgelehnt, und hinzugefügt, die USA hätten kein Recht, ihre Gesetze anderen Ländern aufzudrängen.

China verurteilte ebenfalls die Blockade und deren gegenwärtige Auswirkungen, hob die Schäden hervor, die diese Maßnahmen unter der kubanischen Bevölkerung und ihren wehrlosesten Sektoren anrichten, sowie die Nachteile,

die sich für Personen und Firmen in den USA ergeben, die Kontakte mit Kuba wünschten.

Indonesien äußerte, die Auswirkungen des Helms-Burton-Gesetzes verletze die Souveränität der Staaten und die im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Grundsätze. Es sei nicht nur für Kuba nachteilig, sondern weit über dessen Grenzen hinaus.

Die Nachrichtenagentur Notimex unterstreicht die Tatsache, daß die europäischen Verbündeten der USA, die sich 1992 - zu Beginn dieser Debatten - der Stimme enthielten, heute gegen die Blockade stimmen, um damit ihre Ablehnung der Absicht Washingtons, ihre Gesetze Drittländern aufzuzwingen, zum Ausdruck zu bringen.

Sie verweist ebenfalls darauf, daß Japan, ein Land, das sich immer der Stimme enthielt, diesmal für die Resolution gegen die Blockade gestimmt habe.

Beobachter verweisen auf den deutlichen Unterschied zwischen der ersten, im Jahr 1992 angenommenen Resolution gegen die Blockade Kubas, und der diesjährigen. Damals waren 59 Länder für die Aufhebung der Blockade, drei dagegen, und 71 Länder enthielten sich der Stimme, weil sie es vorzogen, Washington nicht zu widersprechen, ohne mit der USA-Politik einverstanden zu sein.

Fünf Jahre danach sind zu den Blockadegegnern weitere 78 Länder hinzugekommen, darunter enge Verbündete der USA.

Washington ist in keiner Weise berechtigt, andere mit einem Problem zu belasten, das nur aufgrund seiner blinden Besessenheit existiert

REDE VON RICARDO ALARCÓN DE QUESADA, PRÄSIDENT DER NATIONALVERSAMMLUNG DER PODER POPULAR IN DER GENERALVERSAMMLUNG DER UNO AM 5. NOVEMBER 1997

Herr Präsident!

Seit sechs Jahren behandelt die Generalversammlung die Notwendigkeit, die wirtschaftliche, kommerzielle und finanzielle Blockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba aufzuheben. Fünf Resolutionen wurden mit großer Mehrheit angenommen, aber die Vereinigten Staaten haben sie ignoriert und sie haben nicht darin nachgelassen, neue Maßnahmen zur Verschärfung der Blockade zu ergreifen und dabei die Souveränität anderer Staaten zu verletzen.

Die Arroganz und der Zynismus dieser Politik ist unvergleichlich.

Als das Thema 1991 zum ersten Mal behandelt wurde, trieb es Washington soweit zu behaupten, die Blockade existiere nicht. Am 21. August des gleichen Jahres wagte es das State Department in einem offiziellen Schreiben, das hier verteilt wurde, zu erklären: "Eine Blockade würde einschließen, daß die Vereinigten Staaten Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß andere Länder Handel mit Kuba treiben. Dies ist offensichtlich nicht der Fall."

Tatsache ist, daß die USA zu dieser Zeit bereits über dreißig Jahre lang Maßnahmen ergriffen, um den Handel zwischen Kuba und anderen Ländern zu verhindern, daß sie Mechanismen und Regeln eingeführt hatten und illegale Aktionen und Einmischungen starteten, die nicht selten den Protest und berechtigte Gegenmaßnahmen anderer Länder zur Folge hatten.

Im Jahr 1992 nahm die Generalversammlung die erste Resolution an, mit der das Ende der Blockade gefordert wird. Im gleichen Jahr hatte Washington das sogenannte Torricelli-Gesetz veröffentlicht, das Tochtergesellschaften von US-amerikanischen Unternehmen den Handel mit Kuba verbietet und Schiffen, ganz gleich unter welcher Flagge sie fahren, die Einfahrt in US-amerikanischen Häfen verwehrt, wenn sie an Transaktionen mit Kuba beteiligt waren. Mit anderen Worten, sie versuchen nicht nur den Handel zwischen Kuba und anderen Ländern zu unterbinden, son-

dern verletzen sogar die Souveränität dieser Länder. Die unzulässige extraterritoriale Wirkung, die von Beginn an den Erlassen der Regierung und den Aktivitäten ihrer Beamten zugrunde lag, hatte nun, sich selbst Lügen strafend, Gesetzescharakter bekommen.

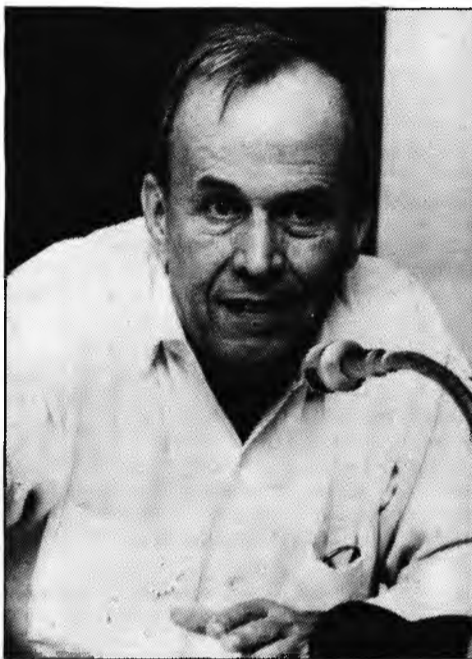
Seitdem weist diese Generalversammlung jedes Jahr erneut eine Politik zurück, die nicht nur das größte Verbrechen gegen mein Volk darstellt, die sich nicht darauf beschränkt, die internationalen Normen aufs Größte zu verletzen, sondern die außerdem ein sichtbarer Beweis ist für die skandalöseste Respektlosigkeit gegenüber den Menschenrechten, den Interessen und Gefühlen der Menschheit und darunter auch breiten Sektoren der Vereinigten Staaten.

Washington kann nicht eine einzige zwischenstaatliche, religiöse oder gewerkschaftliche Organisation nennen, die dieses Verhalten unterstützt. Ihm schließt sich weder eine Regierung, ein Parlament, noch eine politische Partei an. Es wird von keiner Institution, keinem anständigen Menschen, ganz gleich wo auf der Welt, unterstützt. Die Anzahl und Unterschiedlichkeit derjenigen, die überall für das Ende dieses Verhaltens eintreten, erhöht sich ständig. Und auch die Zahl der religiösen Institutionen, der Unternehmer und der Persönlichkeiten, die sich in den Vereinigten Staaten der internationalen Klage anschließen, nimmt ebenfalls zu.

• DIE ANTWORT WASHINGTONS KANN NICHT BORNIERTER SEIN

Aber die Antwort Washingtons kann nicht bornierter sein.

1996 brachten die tiefsten Abgründe das sogenannte Helms-Burton-Gesetz hervor. Sein infamer Text negiert die Unabhängigkeit Kubas und proklamiert offen die Absicht, es total zu beherrschen, wobei es die annexionistischen Pläne von vor fast zwei Jahrhunderten neu auferstehen läßt. Es faßt alle Bestimmungen und Praktiken zusammen, die die Welt drei Jahrzehnte lang abgelehnt hat, und fügt weitere noch abartigere hinzu, die das internationale Recht und die legitimen Rechte anderer Staaten und



deren Unternehmen und Bürgern verletzen.

Wir schreiben mittlerweile das Jahr 1997 und sehen uns Umständen ausgesetzt, die die internationale Gemeinschaft zwingen, energischer und konsequenter zu handeln.

Seit sie das Helms-Burton-Gesetz veröffentlichten, spielen sie uns die grotesksten Farce vor. Sie versuchen ein Machwerk umzusetzen, von dem sie wissen, daß es irrational und nicht zu verteidigen ist. Angesichts der internationalen Ablehnung führen sie Verhandlungen und gehen Verpflichtungen ein, die sie nicht einzuhalten gedenken. Ihre Regierenden, denen es an jeglichen Führungsqualitäten mangelt, geben zu, nur den schäbigen Interessen einer winzigen Gruppe zu dienen, und sie streben an, daß die ganze Welt sie zum Vorbild nimmt. Erst vor wenigen Wochen gestand Präsident Clinton ein, von dem man annehmen sollte, er sei die Führungspersonlichkeit einer Supermacht, für diese Politik seien die extremistischsten Elemente aus Miami verantwortlich.

Peinlich wird die Aufgabe für Vertreter von souveränen Staaten, wenn sie versuchen, seriös mit jemanden zu verhandeln, der akzeptiert, die erfrühte Beute einer städtischen Mafia zu sein.

Und die Tatsachen bestätigen dies. Mit großem Trara gaben sie die mit der Europäischen Union am 11. April unterzeichnete Vereinbarung bekannt, taten aber nichts, um sie einzuhalten. Sie hatten erklärt, sie würden versuchen, einige kleinere Änderungen an dem besagten Ge-

setz zu erreichen, aber bis jetzt haben sie nichts in dieser Richtung unternommen. Ganz im Gegenteil, im Verlaufe dieses Jahres wurden im US-Kongreß mehrere Ergänzungen und weitere Vorschläge eingebracht, die das Gesetz noch inakzeptabler machen würden. Einige von ihnen stellen das direkte Gegenteil jener Vereinbarung dar, andere sehen Sanktionen gegen dritte Länder vor, um die Maßnahmen, die ursprünglich gegen Kuba gerichtet sind, zu verallgemeinern.

Es liegt auf der Hand, daß Kuba an den Verhandlungen nicht beteiligt ist, die sich, wie bekannt gegeben wurde, um dieses Gesetz und seine Anwendung drehen.

Wir kennen nur das, was darüber manchmal in der Presse erscheint.

Aber wir sehen uns gezwungen, einiges zu verdeutlichen.

• DIE US-AMERIKANISCHE FEINDSCHAFT GEGENÜBER KUBA IST ÄLTER ALS DIE NATIONALISIERUNGEN DURCH DIE REVOLUTION

Die US-amerikanische Feindschaft gegenüber Kuba und selbst die ersten Aktionen, die sie im Wirtschaftskrieg gegen uns durchsetzte, sind älter als die Nationalisierungen, die von der kubanischen Revolution durchgeführt wurden. Diese Nationalisierungen wurden außerdem in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und unserer Gesetzgebung durchgeführt. Sie wurden vom ganzen Volk unterstützt und hatten weder willkürlichen, noch diskriminierenden Charakter, sondern trugen grundlegenden Bedürfnissen und den legitimsten Interessen der Nation Rechnung. Die Rechtmäßigkeit dieser Nationalisierungen wurde 1964 vom Obersten Gerichtshof der USA in einem denkwürdigen Urteil anerkannt, in dem es unterstreicht: "Alle souveränen Staaten haben die Pflicht, die Unabhängigkeit jedes souveränen Landes zu respektieren, und die Gerichte eines Landes haben nicht über die Handlungen der Regierung eines anderen Landes zu urteilen, die diese auf ihrem Territorium durchführt."

Unsere Gesetze sahen eine gerechte und angemessene Entschädigung der ehemaligen Besitzer vor, unabhängig ihrer Nationalität. Diese Gesetze wurden rigoros angewendet und sind weiterhin gültig.

Auf ihrer Grundlage wurde diese Angelegenheit mit den anderen beteiligten Ländern zufriedenstellend gelöst. Die einzige Ausnahme bildeten die Vereinigten Staaten, und die Verantwortung dafür lag einzig und allein bei den dort Regierenden.

Washington ist in keiner Weise berechtigt, andere mit einem Problem zu belasten, das nur aufgrund seiner blinden Besessenheit existiert.

Die Blockade gegen Kuba wurde in Wirklichkeit nicht zur Verteidigung der Interessen der ehemaligen US-Eigentümer erlassen. Wäre das der Fall gewesen, hätten sie unsere Souveränität und unsere Gesetze anerkannt, so wie es alle anderen Länder taten, und wie es die USA mit den sozialistischen Ländern gemacht haben oder mit Staaten, die sie als Feinde bezeichneten, ja selbst mit Ländern, deren Existenz von ihnen nicht anerkannt wurde. Die Aufrechterhaltung der Blockade über mehr als 30 Jahre ist weit davon entfernt, den einstigen Besitzern zu nutzen, sie schadet ihnen im Gegenteil nur. Die jetzige Verschärfung der Blockade durch das neue Gesetz macht sie direkt zu Opfern derer, die scheinbar ihre Interessen vertreten.

Es genügt Helms-Burton zu lesen um zu verstehen, zu wessen Gunsten es geschaffen wurde, wer die "Eigentümer" sind, die es ausgearbeitet haben.

Zusammen mit der Einführung eines Planes zur kolonialen Einverleibung Kubas und dem gleichzeitigen Angriff auf die Rechte anderer Staaten, führt das Gesetz ein Element ein, daß sogar die traditionelle Position der USA radikal verändert und es besonders abscheulich für das kubanische Volk macht. Es mußte zudem die energischste Ablehnung der anderen Staaten und selbst der US-amerikanischen Unternehmer hervorrufen, die von diesem Gesetz beeinträchtigt werden.

Die neue Position Washingtons besteht nicht in der scheinbaren Verteidigung der Rechte jener Personen, die US-Bürger waren, als in Kuba die Gesetze zur Nationalisierung bekanntgegeben wurden und die in Übereinstimmung mit unseren Gesetzen, als Konsequenz aus dem Verhalten ihrer Regierung, nicht entschädigt wurden. Die neue Position Washingtons besteht darin, daß sie Personen, die Kubaner waren, als sie von unseren Nationalisierungsgesetzen betroffen wurden, nicht vorhandene Vorrechte verleiht. Diese willkürliche Gleichstellung ist juristischer Unsinn, widerspricht den internationalen und US-amerikanischen Normen und verstößt gegen die Verfassung der USA, indem sie einer speziellen Gruppe ihrer Bürger Privilegien einräumt, die anderen nicht zuerkannt werden. Es muß dabei gesagt werden, daß ihnen bereits ein einmaliger Vorteil eingeräumt worden ist, indem man ihnen erlaubte, sich den anerkannten Wert ihrer nationalisierten Besitztümer im Zuge von Steuerbefreiungen zurückzahlen zu lassen, noch bevor man ihnen die Aufenthaltsgenehmigung in den Vereinigten Staaten zuerkannte. Es geht hier um ein Privileg, das niemandem sonst in der Geschichte dieses Landes gewährt wurde und das alle übrigen Steuerzahler verpflichtete, Abgaben an sie zu zahlen.

Das wievielfache des Wertes der ehemaligen Besitztümer haben sie wohl mittlerweile kassiert? Was beanspruchen sie noch?

• AM 1. JANUAR 1959 WURDE NIEMAND ENTEIGNET

Aber die neue Position Washingtons geht noch weiter: Der größte Nutznießer dieser niederträchtigen Angelegenheit ist die Batista-Clique, ihre Mörder und Folterknechte, ihre Diebe und Strohmänner, die sich während der Zeit des blutigen Regimes, das am 1. Januar 1959 zusammenzubereiten begann, illegal bereicherten.

Dieses Datum, das sich bis zur Ermüdung durch den ganzen Text hindurchzieht, ist entscheidend, um den unergründlich moralischen Abgrund und die juristische Dummheit des Helms-Burton-Gesetzes zu verstehen. Nach diesem Gesetz dauert die uns auferlegte schonungslose Blockade solange an, bis wir Kubaner die Besitztümer an die, die sie am 1. Januar 1959 verloren, "zurückgegeben" haben, und andere Staaten und ihre Staatsbürger werden bestraft, wenn sie wirtschaftliche Beziehungen eingehen, bei denen diese Besitztümer eine Rolle spielen.

Hier sind einige genauere historische Anmerkungen angebracht. Das erste revolutionäre kubanische Gesetz, das die Nationalisierung von Eigentum beinhaltet, war das Gesetz der Bodenreform, das am 17. Mai 1959 herausgegeben wurde.

Am 1. Januar 1959 wurde überhaupt kein revolutionäres Gesetz erlassen. Am 1. Januar 1959 hatte die Kubanische Revolution die Macht noch nicht errungen, sondern mußte noch gegen die US-amerikanischen Versuche kämpfen, das alte Regime zu erhalten. Um das zu verhindern, folgte das kubanische Volk einem Aufruf von Fidel Castro und begann einen Generalstreik, der einige Tage darauf mit dem Sieg seinen Höhepunkt erreichte.

Was an jenem Tag geschah, war die Flucht des Diktators und seiner engsten Mitarbeiter, sowie seine Ablösung durch eine Militärjunta, die versuchte, den vollständigen Sieg des Volkes zu verhindern.

Die Flüchtlinge hatten die Staatskasse geplündert und ließen Ländereien, Fabriken und andere Unternehmen, die sie sich in Mißbrauch ihrer Macht durch Raub und nicht selten unter Gewaltanwendung illegal angeeignet hatten, herrenlos hinter sich.

Diese Bande wurde in einem Leitartikel der New York Times vom 3. Januar 1959 so beschrieben: "Sadisten und Perverse auf hohen Posten und in der Geschäftswelt, die sich durch Korruption und Diebstahl bereichert haben".

Diese Banditen, die das verbotene Glücksspiel und das Geschäft der Prostitution voll kontrollierten, bemächtigten sich auch der staatlichen Gelder, und machten sich zu Besitzern vieler Landgüter und städtischer Grundstücke, von Zuckerfabriken, Banken und Geldinstituten, fast der gesamten Textilindustrie, der Chemieindustrie sowie der Stahl- und der Bauindustrie.

Die Enteignung dieser ergaunerten Güter, das heißt, eigentlich ihre Zurückgewinnung durch die Nation, war eine gerechtfertigte Handlung, die von der kubanischen Gesellschaft ausnahmslos unterstützt wurde. Es gab damals von keiner ausländischen Regierung Proteste oder irgendeine Beschwerde.

Die Vereinigten Staaten nahmen danach diese Personen auf, boten ihnen Schutz und machten sie bis heute zu ihrem wichtigsten Instrument gegen die Kubanische Revolution.

Washington gibt heute offen, mit schamloser Dreistigkeit seine Identifikation mit einer Diktatur bekannt, die nur durch seine Unterstützung auf allen Gebieten existierte. Aber die Welt zu zwingen, es ihnen jetzt gleich zutun, ist, um es vorsichtig zu sagen, die niederträchtigste Perversion. Derartige Verbrecher mit dem "Recht auf Eigentum" schützen zu wollen, ist eine Beleidigung des menschlichen Ehrgefühls, eine Beleidigung der ehrlichen Unternehmer. Davon die Lösung der bilateralen Streitigkeiten mit Kuba abhängig zu machen, heißt gleichermaßen die legitimen Rechte des Volkes und der Unternehmen der Vereinigten Staaten zu opfern.

• ES IST DRINGEND NOTWENDIG, DER WILLKÜR DER USA EINHALT ZU GEBIETEN

Es ist dringend notwendig, der Willkür der USA Einhalt zu gebieten. Obgleich sie ihre größte Intensität gegen Kuba erreicht, das sie mit einer totalen Blockade zu erdrosseln versuchen, nehmen die Wirtschaftssanktionen zu, die Washington einseitig anderen Ländern auferlegt. Nach Daten, die von dem Nationalen Verband der Industriellen dieses Landes veröffentlicht wurden, sind zwischen 1993 und 1996 von den Vereinigten Staaten 61 Sanktionen dieser Art gegen 35 Länder verhängt worden. Dazu

kommen noch über 40 ähnliche Maßnahmen gegen 18 Länder, die durch Regierungen von Bundesstaaten oder lokalen Gliederungen ergriffen wurden. Zur Zeit leben 42 % der Weltbevölkerung in Ländern, die Objekte dieser Praxis sind, die dem internationale Handelssystem widerspricht.

Wie weit geht eine Politik, die alle angreift?

Bis wann muß man sie dulden?

Meine Delegation vertraut auf die Fähigkeit der Welt, sich ihr entgegenzustellen. Die Abstimmung dieser Versammlung wird dazu dienen, aufs neue zu bestätigen, daß es viele sind, die bereit sind die Prinzipien der Gerechtigkeit und des Respekts unter den Nationen zu verteidigen.

Das kubanische Volk wird weiterhin standhalten, es wird sich niemals von den Barbaren in die Knie zwingen lassen, die versuchen es zu vernichten. Wir stehen einer großen Herausforderung gegenüber, aber noch größer ist unser Wille, die Gerechtigkeit und Unabhängigkeit zu erhalten, die in langen Jahren des Kampfes und unter unzähligen Opfern durch die verschiedenen kubanischen Generationen errungen wurde.

Niemand wird den Kubanern ihre Wohnungen, ihre Äcker, ihre Fabriken, ihre Schulen, ihre Krankenhäuser entreißen. Niemand wird sie ihrer Güter und Rechte berauben. Niemand werden die Henker und Ausbeuter, die endgültig und für immer geschlagen wurden, zurückkehren. Kuba ist kein koloniales Eigentum der USA und wird es niemals sein.

Im nächsten Jahr ist es genau ein Jahrhundert her, daß die militärische Invasion Kuba die Unabhängigkeit raubte und der Insel eine Herrschaft aufzwang, die ein und für alle mal im Januar 1959 endete. Es ist an der Zeit, daß diejenigen endlich aufwachen, die in Washington immer noch fiebernd imperialen Träumen nachhängen.

Ja,

Granma

INTERNACIONAL

Zeitung aus Kuba und Lateinamerika

ich bestelle für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) - 24 DM

6 Monaten (6 Ausgaben) 13 DM

Zahlungsweise gegen Rechnung

per Bankeinzug

Anschrift

Meine Bankverbindung

Name

Geldinstitut

Str./Nr.

BLZ

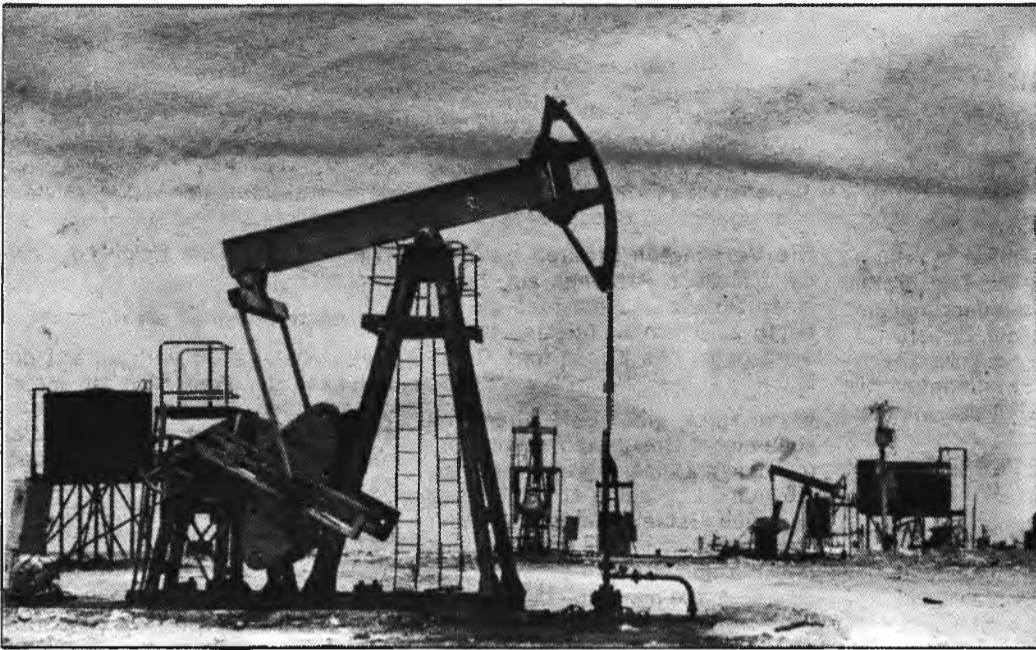
PLZ/Ort

Konto

Datum/Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
Coupon an:
Verlag 8. Mai, Granma
Am Treptower Park 28-30
12435 Berlin



Die Ölförderung ist einer der interessantesten Bereiche für ausländische Investoren

GESCHÄFTSLEUTE IN HAVANNA

Umfangreiche Möglichkeiten für ausländisches Kapital



ausländischem Kapital in Kuba sowie Unternehmer aus weiteren sechs Ländern in Havanna zusammen. Organisiert wurde dieses Treffen von der Wochenzeitschrift *Negocios en Cuba* der Presseagentur *Prensa Latina*.

Die kubanische Wirtschaft befindet sich in einem gefestigten dynamischen und nicht umkehrbaren Aufschwung, erklärte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des kubanischen Parlaments, Osvaldo Martínez, in seiner Rede bei der Eröffnungssitzung des Treffens im Hotel Palco in Havanna.

Er bestätigte, daß die wirtschaftlichen Reformen im Lande weitergeführt würden. Beispiel dafür seien die Freihandelszonen und Industrieparks, Reform und Modernisierung des Bankensystems, die Beschleunigung der Umstrukturierung von Unternehmen, die Steuergesetzgebung und organisatorischen Veränderungen in der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft.

Nach Aussage von Martínez, der ebenfalls Direktor des Instituts für Weltwirtschaftsforschung (CIEM) ist, weisen die Perspektiven der kubanischen Wirtschaft in wichtigen Sektoren auf ein weiteres Wachstum hin. Dazu zählen der Tourismus, die Nickelproduktion, die Fischerei, der Tabakanbau, die medizinisch-pharmazeutische und biotechnologische Produktion sowie die graduelle Erholung des gesamten Zuckerbereichs und der verarbeitenden Industrie.

Die zu Beginn dieses Jahrzehnts eingeleitete Wirtschaftsreform, veranlaßt durch die jähe Auflösung des sozialistischen Lagers und insbesondere der UdSSR, und nicht zuletzt durch die Intensivierung der USA-Blockade, brachte gute Resultate. Dazu zählen ausländische Investitionen von über 2,2 Milliarden Dollar, 290 Vereinbarungen mit internationalem Kapital, wovon 80

nationale Währung, von 120 - 130 Peso pro Dollar vor zwei Jahren, auf den heutigen Stand von 22 - 23 Peso pro Dollar.

1994 wurde außerdem der Fall des BIP gestoppt. Nach mehreren Jahren des Rückgangs (von 1989 bis 1993 um 32%) wurde 1994 ein Wachstum von 0,7% erreicht. Im Jahr 1995 waren es bereits 2,5% und 1996 7,8%. In diesem Jahr rechnete man mit einem Wachstum von 4%, doch infolge der ungünstigen Ergebnisse der Zuckerrohrernte 1996/97 wird es nur etwas über 2% betragen.

In diesem Jahr sei mit einem Anstieg von 18% im Tourismus zu rechnen, weiteren 17% in der metallverarbeitenden Industrie, 4% in der Leichtindustrie, 6% in der Nahrungsmittelindustrie und 10% in der Baustoffindustrie. Die Energieausnutzung zeigt gleichfalls eine positive Entwicklung.

Der Vorsitzende der Wirtschaftskommission des kubanischen Parlaments erklärte den Geschäftsleuten, die interessantesten Investitionsbereiche in Kuba seien in diesem Moment u.a. Tourismus, Erdöl, Bergbau und Telekommunikation. Er versicherte weiter, für Ruhe und Garantie der ausländischen Investoren sei gesorgt, denn das Land verfüge über Rechtssicherheit und böte ihnen qualifizierte Arbeitskräfte und soziale Stabilität.

Martínez wies darauf hin, daß die Regierung für die kommenden Jahre mit über 2 Milliarden Dollar Einnahmen durch den internationalen Tourismus und über 300 Millionen im Fischereiwesen rechne, sowie mit einer Produktion von 100.000 Tonnen Nickel.

REDEN UND INTERVIEWS

Nach den Worten des Abgeordneten meldeten sich neben mehreren kubanischen Unternehmern, Vertretern von Institutionen und Unter-

nehmen auch Geschäftsleute aus verschiedenen Ländern zu Wort, die in diesen Tagen ihre Erzeugnisse und Dienstleistungen auf der Internationalen Messe FIHAV'97 ausstellten. Führungskräfte der Ministerien für Metallurgie, Landwirtschaft, der Baustoffindustrie

nen und die Erlasse Nr. 165 über die freien Wirtschaftszonen und Industrieparks und Nr. 162 über die Zollbestimmungen.

Im Interview mit *Granma Internacional* erklärte der chinesisch-peruanische Unternehmer José Wong R., Generaldirektor von CONEX JOYANG S.A. aus Peru, "unser Unternehmen hat gesehen, daß Kuba in den letzten Jahren mit seiner Wirtschaft vorangekommen ist und Investitionsmöglichkeiten im Land geschaffen hat. Deswegen nehmen wir sowohl hier an diesem Treffen von Geschäftsleuten als auch erstmalig an der Internationalen Messe von Havanna teil. Ich sehe mit Interesse viele Möglichkeiten, hier zu investieren und warte nur auf die kubanischen Angebote. Unsere Firma verfügt über Werte, die an der internationalen Börse weltweit gehandelt werden, und hat deshalb auch genügend Kapital um zu investieren, wenn dies zum gemeinsamen Vorteil möglich ist".

Ivan Lucas, Verkaufsleiter für Lateinamerika der kanadischen Firma GALAX, erklärte gegenüber *Granma Internacional*, sein Unternehmen habe großes Interesse am kubanischen Markt aufgrund dessen Bedarf im Bereich der Kraftübertragung (Rollen, Riemenscheiben, Buchsen, Radnaben, Industriekupplungen). "Kanada ist weder mit dem Helms-Burton-Gesetz einverstanden, noch akzeptiert es diese Gesetzgebung. Ich schließe mich da an, denn es ist vollkommen sinnlos und richtet sich gegen die Freiheit des internationalen Handels. Mein Land hat deswegen eine Gruppe von juristischen Mechanismen geschaffen, um die kanadischen Unternehmer zu verteidigen, die mit Kuba Geschäfte machen möchten".

Auf einen Blick

UNTERNEHMERSKANDAL IN CHILE

• DIE Allianz zwischen dem chilenischen Elektrokonzern Enersis und dem Unternehmen Endesa-España ist auf dem besten Wege, sich zum Skandal des Jahres in der Andennation zu entwickeln. Die Regierung Frei untersucht von dieser Kooperation hervorgerufene Unregelmäßigkeiten im Börsengeschäft. Das strategische Ziel der Allianz ist, sich an der Privatisierung des Elektrosektors in Lateinamerika zu beteiligen.



Auf einen Blick

UNTERNEHMERSKANDAL IN CHILE

• DIE Allianz zwischen dem chilenischen Elektrokonzern Enersis und dem Unternehmen Endesa-España ist auf dem besten Wege, Costa Rica versichern, der Bananenanbau führe zu sozialen Schäden und beeinträchtige die Umwelt. Dies wird von den Unternehmern dieses Sektors zurückgewiesen. Die Auseinandersetzung entstand, weil die Bananenindustrie von Costa Rica darum ringt, ihren Anteil am europäischen Markt zu vergrößern.

BERGBAU IN ECUADOR

• FÜR die Vizepräsidentin von Ecuador, Rosalia Arteaga, ist die Bedeutung des Bergbaus offensichtlich, auch wenn sein Wachstum nicht garantiert werden kann. Der Sektor trägt bis jetzt 14,6% zur nationalen Wirtschaftsleistung bei, während die Landwirtschaft z.B. dies zu 17% tut.

PEMEX REKLAMIERT SELBSTBESTIMMUNG UND GERECHTE STEUERLICHE BEHANDLUNG

• DER Vorstand des staatlichen mexikanischen Erdölunternehmens PEMEX forderte vor dem Hintergrund der politischen Unsicherheiten von der Regierung gerechte steuerliche Behandlung, größere Investitionsmöglichkeiten sowie Unabhängigkeit und Selbstbestimmung in der Verwaltung. 1996 betrug der Export des Unternehmens 12,4 Milliarden Dollar und 7,5 in den ersten acht Monaten dieses Jahres.

PRODUKTIONSERHÖHUNG VON KOBALT

• NACH Angaben des Instituts für Kobalt wird sich die Weltproduktion dieses Minerals am Ende dieses Jahrhunderts jährlich auf 40.000 Tonnen belaufen. Im vergangenen Jahr wurden annähernd 28.500 Tonnen gefördert.

Nach den heiß diskutierten Boxweltmeisterschaften in Budapest, die viele Beobachter dazu brachte, von dem Ende des Amateurboxsports zu reden, veröffentlichte der Kollege Miguel Hernández, der als Sonderberichterstatte vor Ort war, die folgende Nachbetrachtung in der Tageszeitung Granma

Dramen, Proteste und Überraschungen in Budapest

MIGUEL HERNÁNDEZ - Granma

• BUDAPEST - Sie war die bisher dramatischste Boxweltmeisterschaft.

Auch wenn Alexis Rubalcaba den Georgiener Kandelaki besiegt hätte - mir ist immer noch unerklärlich, wie er bei einem Gegner mit so wenig Gewinnambition so gehemmt sein konnte - und wir wären noch voller Euphorie, weil wir mit einem Punkt gewonnen hätten, so wären doch einige Reflexionen notwendig.

Dieses Mal war Rußland mit einer sehr gut vorbereiteten Mannschaft an der Reihe, den Sieg eines hochrangigen Turniers zu erringen. Kuba hatte sich entschlossen diese Probe mit einer Mannschaft anzugehen, die zu einem Drittel noch ohne Erfahrung in großen Wettkämpfen war und sich mit Blick auf die Olympiade in Kämpfen wie diesem üben muß. Andererseits konnte es sich nicht im entferntesten vorstellen, daß seinen traditionellen Champions der Weg zum Gold abgeschnitten würde.

Félix Savóns Niederlage im ersten Finale öffnete die Tür der Pandora. An diesem Tag wurde die Weltmeisterschaft entschieden, aber der Preis dafür war hoch: man begann von einem Komplott gegen die Kubaner zu sprechen.

Von der internationalen Presse befragte Funktionäre und Trainer sprachen von bestochenen Schiedsrichtern, von Geld hinter den Kulissen, und mehr als einmal fiel das Wort Mafia.

Der französische Trainer Dominique Nating ging weiter. Auf das Vorgehen der Schiedsrichter eingehend sagte er, dies sei "der fatalste Tag unseres Sports. Es war eine Schande, sie haben dem Amateurboxsport den Gnadenstoß versetzt". Sogar der Sportminister Ungarns äußerte mir gegenüber: "Es war elend, was die Punktrichter mit Savón gemacht haben, aber er bleibt trotzdem der König".

Zum feierlichen Abschluß in der Budapester Kongreßhalle überreichte man dem fünffachen Weltmeister eine Trophäe des ungarischen Fernsehens. Brausender Beifall begleitete ihn, als ihm die Anerkennung überreicht wurde. In der Geste lag eine Botschaft.

Aber nicht einmal dies konnte an diesen Tagen die Stimmung des zweifachen Olympiasiegers heben. Wird er nach dem Finale gegen den Usbeken gefragt, antwortet er kaum und wenn, dann sagt er immer wieder: "Das war kriminell".

Savón, der Mann, der um seinen sechsten Weltmeistertitel kämpfte, wurde von dem türkischen Schiedsrichter respektlos, wie ein Anfänger im Ring, behandelt. Um ihn aus dem Gleichgewicht zu bringen verwarnte er ihn völlig übereilt und unerwartet zweimal, was ihn vier Punkte kostete. An dieser Stelle möchte ich darauf aufmerksam machen, wie hier vorgegangen wurde, und was im Kampf um die Goldmedaille zwischen Waldemar Font und Malachbekov gut zu beobachten war. Entwe-



Alfredo Duvergel wurde als kämpferischster Boxer des Turniers ausgezeichnet



Félix Savón

der leuchten bis zur Mitte des Kampfes die erzielten Punkte für den, der "erledigt" werden soll nicht auf, oder die gewerteten Schläge des bevorzugten Boxers wurden übertrieben. In einer solchen Situation sieht sich der zum Opfer auserkorene gezwungen, seine Taktik zu ändern. Er muß in letzter Verzweiflung angreifen und sich damit offen den Schlägen aussetzen. Hinterher hat das große Publikum den Eindruck, er hätte gerecht verloren, aber seine Benachteiligung begann bereits bis zur Mitte des Kampfes.

Bei der Siegerehrung am Abend erhielt der Un-

gar Istvan Kovacs wie erwartet den Rusell-Pokal, der dem besten Boxer verliehen wird, und dem verwegenen Alfredo Duvergel überreichte man den Pokal für den kämpferischsten Teilnehmer. Bei seiner dritten Weltmeisterschaft erlangte Duvergel erstmals die Goldmedaille, nachdem er 1993 in Tampere und 1995 in Berlin Vizeweltmeister geworden war.

Von den sechs Weltmeistern der letzten Titelkämpfe, die vor zwei Jahren in der BRD stattgefunden haben, konnte nur der Russe Malachbekov seinen Titel verteidigen. Der Bulgare Petrov (48), Hernández Sierra (67), Ariel Hernández (75), Félix Savón (91) und Alexei Lezin (über 91) schafften es nicht. Das ist jedenfalls der Eindruck, den der Dokumentarfilm des ungarischen Fernsehens über die Weltmeisterschaft vermittelt.

Die Rangliste nach Punkten und der Medailenspiegel zeigte unter den zehn Ersten Rußland mit 53 Punkten (4-mal Gold, 2-mal Silber, 1-mal Bronze); Kuba mit 52 (3-4-3); Ungarn 22 (2-0-0); Rumänien 21 (1-0-2); Usbekistan 16 (1-0-0); BRD 16 (0-1-2); Kasachstan 16 (0-1-1); Ukraine 15 (0-1-0); Georgien 13 (1-0-1); Frankreich 13 (0-1-1).

Die Russen errangen mit voller Mannschaft 29 Siege in der Vorrunde, sechs im Semifinale und vier im Finale, und steckten acht Niederlagen ein, die Kubaner dagegen, die ebenfalls mit 12 Boxern antraten, erreichten 29 Siege in der Vorrunde, sieben im Semifinale und drei im Finale, bei neun Niederlagen. Die Moskauer absolvierten 47 Kämpfe und die aus Havanna 48. Insgesamt 24 der 64 teilnehmenden Länder erkämpften eine Medaille. Die kubanischen Punkte verteilen sich wie folgt: Maikro Romero und Duvergel je 8, Manuel Mantilla 7, Waldemar Font, Rubalcaba und Savón je 5, Ariel 4, Isael Álvarez und Hernández Sierra je 3, Rudinelson Hardy und Roberto Guerra 2 und Aldo Moreno 0.

Insgesamt wurden auf der Weltmeisterschaft 284 Kämpfe nach Punkten entschieden, fünf durch Aufgabe, 23 durch RSC, 5 durch RSC wegen einer Verletzung, 5 durch RSCH (starker Schlag auf den Kopf); drei durch K.O. - davon zwei durch Kubaner - vier durch Disqualifizierung und acht durch Abwesenheit.

Außerhalb des Rings und im Umfeld scharte sich eine Traube Anwerber für den Profimarkt. Ich denke, ein Bewerber, der einen Kubaner besiegt hat - egal, auf welche Weise -, besitzt ein gewisses Prestige, um sich den Zutritt zu diesem Markt zu verschaffen.

Das Ergebnis der Weltmeisterschaft bestätigte die internationale Stärke Kubas in den geringen Gewichtsklassen durch Romeros Genialität im Halbfliegengewicht, nachdem er in der 51-kg-Klasse erfolgreich war, und nach Mantillas und Fonts comeback. Gleichzeitig behielt die Presse leider recht, die geringere Chancen in bestimmten Klassen ankündigte.

Jährliches Treffen des Neuen Lateinamerikanischen Films

MIREYA CASTAÑEDA
- Granma Internacional

• DER Neue Lateinamerikanische Film ist immer neu, und dieses sich nie wiederholen, dieses nie endende Suchen ist mir nicht fremd, erklärte der Präsident des Internationalen Festivals in Havanna, Alfredo Guevara, der gleichzeitig Präsident des Institutes für Kunst und Filmindustrie (ICAIC) ist.

Als er der Presse das Programm des 19. Internationalen Festivals des Neuen Lateinamerikanischen Films vorstellte sagte er, dieses Treffen sei Konsequenz der Art und Weise, Filme zu machen. Diese habe sich weiterentwickelt und sie gebe dem Treffen auch seinen Namen.

"Die Geburt des neuen lateinamerikanischen Films zog seine Daseinsberechtigung aus dem Kampf jedes einzelnen Landes um seine eigene Identität und um die gemeinsame Identität, die uns vereint, und deren wichtigster Ausdruck die nationale Befreiungsbewegung, die Guerrillabewegung als dessen Verkörperung war. Letztere erfährt genau in diesem Jahr in der symbolischen Figur von Che Guevara ihren 30. Jahrestag."

"Ich glaube für einige war es keine gute Zeit, aber für uns Kubaner und für uns Filmschaffenden, die wir uns in Viña del Mar (Chile, 1967) versammelten, erfüllte sie eine historische Rolle, die weder Lateinamerika noch den lateinamerikanischen Film unberührt ließ. Es veränderte sich, indem es andere Dimensionen annahm und wurde eins mit der Identität dieses Kontinents und seiner Inseln."

Alfredo Guevara - einer der Initiatoren dieser Bewegung - meinte, anhand der Festivals von Havanna könne man feststellen, daß in der Gesamtheit der präsentierten Filme sich immer Streifen befänden, die sich in den Parametern des Beginns bewegen und Werke, die neue Wege einschlagen.

"Suchen ist an sich eine revolutionäre Tat und ein wirklicher Künstler ist qua Definition revolutionär."

DAS 19. FESTIVAL

Über die Programmgestaltung des bevorstehenden 19. Festivals vom 2. bis zum 12. Dezember, erläuterte er, sie beschränke sich nicht nur ausschließlich auf den lateinamerikanischen Film, wenn dieser auch über den ganzen Zeitraum zugegen sein wird, sondern gebe auch Raum für die Bedeutung der Werke, für Retrospektiven, Ehrungen, Seminare, und für die enge Beziehung zu anderen Künsten. Dadurch sei die Programmgestaltung reichhaltig und vielfältig, versicherte er.

Zum Wettbewerb um die Korallen haben sich 152 Spielfilme angemeldet, davon 49 abendfüllende und 57 Kurzfilme für Kinos und 6 bzw. 40 auf Video; 30 Dokumentarfilme



Während des Festivals drängen jedes Jahr über eine halbe Million Besucher in die Kinos

fürs Kino, 104 auf Video; 16 Trickfilme fürs Kino und vier auf Video; 30 Poster sowie 36 Arbeiten in der Sparte der unveröffentlichten Drehbücher.

Die meisten Filmemacher kommen wie in jedem Jahr aus Argentinien, Brasilien und Mexiko, aber auch Kuba, Chile, Puerto Rico, die Dominikanische Republik, Uruguay und Venezuela werden vertreten sein. Dazu kommen Dänemark und die USA im Wettbewerbsbereich ausländischer Filme über die Region.

Wenn im Folgenden einige Titel genannt werden heißt das nicht, daß sie auf der Liste der möglichen Preisträger stehen, wenngleich sie wegen ihrer Regisseure gute Chancen haben. Aus Argentinien kommen zum Beispiel so beeindruckende Namen wie Juan José Jusid mit *Bajo Bandera*; Marcelo Piñeyro mit seinem Film *Cenizas del paraíso*, der von seinem Land ausgewählt wurde, um für den Oscar zu kämpfen; Adolfo Aristarain mit *Martin -Hache-* und Eliseo Subiela mit *Pequeños milagros*.

Brasilien stellt sich ebenfalls mit wertvollen Streifen vor, unter ihnen: *Qué es esto, compañeros?* von Bruno Barreto, ebenfalls ausgewählt, für den Wettstreit um den Oscar; *La ostra y el viento* von Walter Lima Jr.; *El trampolín de la victoria* von Luiz D. Lacerda; *Pequeño diccionario amoroso* von Sandra



Werneck und *Un siglo de estrellas* von Tata Amaral.

Die mexikanische Liste beginnt mit *De noche viernes*, *Esmeralda* (Jaime H. Hermosillo), und enthält weitere Titel wie: *Ultima llamada* (Carlos García Agraz) und *Violeta* (Alberto Cortés, über ein Theaterstück des Kubaners Nicolás Dorr, *Confesiones en el barrio Chino*).

Kuba ist als Festivalland vertreten mit *Amor Vertical* von Arturo Sotto; *Kleines Tropicana*, von Daniel Diaz Torres, und *Zafiros, locura azul* von Manuel Herrera.

Der Venezolaner Román Chalbaud wartet mit *Pandemonium, la ciudad del infierno* auf und der US-

Amerikaner John Sayles hat sich mit *Hombres armados* angemeldet.

EHRUNGEN UND RETROSPEKTIVEN

Drei Ehrungen hält das Festival bereit: für den Kubaner Santiago Alvarez, mit einer repräsentativen Auswahl aus seinem breiten Dokumentarwerk; den US-Amerikaner Robert Altman, der in Havanna anwesend sein wird und von dem fünf Filme vorgeführt werden, unter ihnen *Pret-à-porter* und *The player*, und für den Italiener Francesco Rosi (*El caso Mattei*, *La tregua*), der ebenfalls seine Teilnahme am Festival angekündigt hat.

Die Retrospektiven befassen sich mit den Werken des Kubaners Humberto Solás (*Lucía*, *Un hombre de éxito*); den Deutschen Margarethe von Trotta (vier Filme, darunter *Die verlorene Ehre der Katharina Blum*) und Volker Schlöndorff (*Die Blechtrommel*, *Der plötzliche Reichtum der Leute von Korbach*, *Der Fangschuß* u.a.) - beide werden in Kuba anwesend sein - und von den Brüdern Aki und Misa Kaurismäki (Finnland).

Spanien führt wie gewohnt die Liste der Länderzyklen mit 14 Filmen aus den Jahren 1996-1997 an. Darunter Werke von Pilar Miró (*El perro del hortelano*); Montxo Armendáriz (*Secretos del corazón*); Mario Camus (*El color de la nube*); Bigas Lunas (*La camarera del Titanic*); Carlos Saura (*Pajarico*) und Pedro Almodóvar (*Carne trémula*).

Viele werden die Reihe *Cine francés, cien años de Gaumont* verfolgen, oder den japanischen Film (u.a. mit Akira Kurosawa), das norwegische Kino (mit einem Film von Liv Ullmann als Regisseurin), das italienische Kino, das unabhängige nordamerikanische Kino, und schließlich das *Panorama Internacional* mit 24 Filmen aus der BRD, Kanada, der Volksrepublik China, den USA, den Philippinen, Frankreich, Italien, Großbritannien, Indien, Iran, Irland, Rußland und Schweden.

Als Sondervorstellung wird *It's all true* angekündigt, der 1942 von Orson Welles in Brasilien gedreht und von Richard Wilson, Myron Meisel und Bill Krohn beendet wurde. Dazu spielt das Nationale Sinfonieorchester unter Leitung von Zenaida Romeo.

Seminare, Ausstellungen, Musik und Theater (Regisseur Carlos Diaz mit der Uraufführung seiner Version von Shakespeares *König Lear*) treten gleichzeitig den Wettstreit um das kritische Auge des Zuschauers an.

So wie Alfredo Guevara es voraus sagte, wird es in den ersten Dezembertagen eine nationale Bewegung in die Kinos geben. Vor allem natürlich in Havanna, wo jedes Jahr über eine halbe Million Zuschauer in die Vorführsäle drängen.

JULIO GARCÍA LUIS
FERNSEHFOTOS: - Granma

• ZIEL seines Besuches sei, "die Erfahrung dieser asiatischen Nation aus der Nähe kennenzulernen, die es in ein modernes sozialistisches Land verwandelt", erklärte Raúl Castro.

Der Minister der Revolutionären Streitkräfte führte gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern der kubanischen Delegation ein Gespräch mit dem Präsidenten der Volksrepublik China, Jiang Zemin, der gleichzeitig Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzender des Zentralen Militärausschusses ist. Dieses Treffen wurde von Raúl als gut, entspannt, ausführlich und angenehm charakterisiert.

Jiang Zemin und Raúl sprachen über die internationale Lage und die Situation in verschiedenen Ländern. Der chinesische Präsident legte die Ergebnisse des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas und die wichtigsten Linien dar, an denen sich die Entwicklung des Landes orientiert. Raúl informierte über den 5. Parteitag in Kuba, die derzeitigen Anstrengungen, um effizienteres Arbeiten zu erreichen und die bevorstehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Unternehmensstrukturen.

Jiang Zemin drückte seine Bewunderung dafür aus, daß Kuba trotz starker Repressalien nicht vom sozialistischen Weg abweicht und sich seine Wirtschaft zu bessern beginnt.

Der chinesische Präsident erinnerte sich an die 1995 mit Fidel geführten Gespräche, und stellte fest, Kubas höchster Vertreter habe eine sehr klare Vorstellung von der notwendigen Fortführung unserer Sache und ihrer Erneuerung mit neuen Ideen und jungen Kräften. Dies sei heute eine wesentliche Aufgabe Chinas.

Raúl betonte, auch wenn die Länder unterschiedliche Charakteristika hätten, so gäbe es doch viele ähnliche Probleme zu bewältigen. Darum seien die verstärkten Kontakte und Beziehungen der letzten Jahre zwischen unseren Parteien und Regierungen auch so wichtig.

Raúl und seine Begleiter ehrten die revolutionären Traditionen des chinesischen Volkes und legten am Denkmal der Helden des Volkes auf dem zentralen Tiananmen-Platz Blumen nieder.

ZUSAMMENKUNFT MIT LI PENG

Beim Treffen Raúl's mit Ministerpräsident Li Peng stellte dieser die ausgezeichneten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kuba und China heraus und versicherte, dieser Besuch werde maßgeblich zur Festigung dieser Bande beitragen.

Kubas Erster Vizepräsident sagte, es sei für ihn eine große Ehre, zum Leiter dieser Delegation ausgewählt worden zu sein, denn seit der Zeit in der Sierra Maestra, als er ein junger Guerillero war, hege er den Wunsch, dieses große Land und sein heldenhaftes Volk kennenzulernen, und mit diesem Besuch sei dieser Wunsch nun in Erfüllung gegangen.

Er äußerte ebenfalls sein Interesse an den beeindruckenden Errungenschaften, Erfahrungen und Entwicklungsplänen Chinas.

BESUCH DER PEKINGER SONDERWIRTSCHAFTSZONE

Die kubanische Delegation hatte beim Besuch in der Sonderwirtschaftszone an der Peripherie der Hauptstadt ihren ersten Kontakt mit



Jiang Zemin empfängt Vizepräsident Raúl Castro

Raúl Castro besucht China

- Der kubanische Vizepräsident traf mit Präsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und anderen führenden Persönlichkeiten des Landes zusammen
- Besuch der Pekinger Sonderwirtschaftszone

den neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes.

Ma Lin, Vizepräsident des Verwaltungsausschusses der Wirtschaftszone, erläuterte den Besuchern, daß sich in dem 1991 begonnenen Industriegebiet bereits 180 Unternehmen, sowohl chinesische als auch ausländische, angesiedelt haben. 41 davon arbeiteten bereits und die übrigen befänden sich im Aufbau. In das Gebiet seien 1,1 Milliarden Dollar investiert worden. Nach seiner völligen Fertigstellung in rund 15 Jahren könne es ca. 500 Unternehmen fassen und 50 bis 60 tausend Arbeitsplätze schaffen. 81 Prozent der vertretenen Unternehmen seien mit gemischtem Kapital gegründet worden, die restlichen ausschließlich mit Kapital aus dem Ausland.

Bei der Besichtigung kam es zu einem regen Informationsaustausch über die Regelungen der Zone, die Vorteile für die Investoren in bezug auf Steuern und andere Vergünstigungen, die Genehmigung von Investitionsanträgen und die Anforderungen der chinesischen Seite beim Umweltschutz, bei der Einhaltung der Arbeitsgesetze des Landes und in bezug auf das Produktionsprofil der Unternehmen. Ziel sei es, Spitzentechnologien einzuführen, die bei geringerer Inanspruchnahme von Grund und Boden, Wasser, Elektrizität und anderer Ressourcen in der Lage seien, hohe Werte zu schaffen.

Auf einem Drittel des 15 Quadratkilometer großen Gebiets, das rund 16 Kilometer vom Pekinger Zentrum entfernt liegt, ist die erforderliche Infrastruktur bereits geschaffen. Die wichtigsten Investoren kommen aus den USA, Japan, Europa und Südostasien.

TREFFEN MIT HU JINTAO

Später traf sich Raúl im Großen Palast des Volkes mit Hu Jintao, Mitglied der Ständigen Kommission des Politbüros der chinesischen Partei, dem die Angelegenheiten für die Organisation obliegen.

Der 55 Jahre alte chinesische Politiker hatte im Januar 1997 Kuba

besucht. Er ist einer der jüngsten Mitglieder in der Leitung der Partei.

Raúl und Hu Jintao behandelten eingehend politische Themen gemeinsamen Interesses. Sie stimmten darin überein, daß es unter den heutigen Bedingungen wichtig sei, die Führungsrolle der Partei zu stärken. In China wie in Kuba könne nur die kommunistische Partei die Einheit, die Unabhängigkeit, die wahre Demokratie, die Leitung der Gesellschaft im Prozeß der Reformen und Wandlungen und die Einhaltung des sozialistischen Kurses gewährleisten.

GESPRÄCHE DER AUSSENMINISTER

Unmittelbar nach seiner Ankunft in Peking traf Außenminister Roberto Robaina zu einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Chinas, Qian Qichen, zusammen.

Beide Partner knüpften an die bestehenden guten Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen China und Kuba sowohl auf bilateraler Ebene als auch in ihrem gemeinsamen Auftreten bei internationalen Anlässen an.

Für die chinesische Regierung sei der Besuch des kubanischen Vize-

präsidenten ein herausragendes Ereignis und sie betrachte es als Fortsetzung des Besuches Präsident Fidel Castros 1995 in China, betonte Qian Qichen.

Robaina dankte für die standhafte Position Chinas zum Kampf Kubas gegen die Blockade und brachte sein Vertrauen zum Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern sich auch weiterhin festigen werden.

Während des Besuches beim chinesischen Außenminister wurde ein Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern bei der Bekämpfung des Schädlings Thrips Palmi unterzeichnet. Wie bekannt wurde, handelt es sich um ein dreijähriges Projekt, das die Lieferung von Ausrüstungen, Chemikalien und technischer Hilfe zur Herstellung von Bekämpfungsmitteln gegen diese Plage vorsieht, die im Rahmen des biologischen Krieges, unter dem unser Land leidet, in Kuba eingeschleust wurde.

WEITERE AKTIVITÄTEN

Die kubanische Delegation besuchte Stätten der tausendjährigen Geschichte Chinas. Ihr erster Besuch galt mehreren Sälen des Kaiserpalastes, der alten, mit einer Mauer umgebenen Verbotenen Stadt. Danach besichtigte sie das Militärmuseum in der Changan-Allee.

Der Bau des Kaiserpalastes wurde 1420 abgeschlossen, über 70 Jahre vor der sogenannten Entdeckung Amerikas, und 24 Kaiser der Ming- und Qing-Dynastien nahmen darin den Thron ein.

Die Verbotene Stadt wurde von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt, und jährlich wird sie von rund 6 Millionen Touristen aus China und dem Ausland besucht.

Der Palast, der eine Fläche von 72 Hektar einnimmt und von hohen roten Mauern umgeben ist, beherbergt 8.000 Säle, von denen einige restauriert werden.

Im Militärmuseum wurden Raúl und die übrigen Mitglieder seiner Delegation von Generalmajor Mazhuxue, dem Politikkommissar der Einrichtung, empfangen, der sie beim Rundgang durch einzelne Säle begleitete, in denen man an den ausgestellten Gegenständen die Geschichte der chinesischen Militärkunst verfolgen kann.

Nach der Besichtigung schrieb der kubanische Verteidigungsminister ins Gästebuch, der Besuch habe ihm erlaubt, die lange Geschichte des chinesischen Volkes bei der Verteidigung seines tausendjährigen Landes besser zu verstehen. Sie "spiegelt sich in seiner ruhmreichen Volksbefreiungsarmee wider, die uns mit ihrer Freundschaft ehrt".



Raúl begrüßt eine Gruppe chinesischer Persönlichkeiten beim Ehrenempfang im Großen Palast des Volkes

NICANOR LEON COTAYO

• DER US-Kongreß unterzeichnete kürzlich den Gesetzentwurf, in dem der Änderungsantrag des Senators Graham (Graham-Amendment) enthalten ist, der eine so offensichtliche gefährliche militärische Bedrohung für Kuba darstellt, daß sie von unserer Nation nicht übersehen werden kann.

Im Juli verabschiedeten der US-Senat und das Repräsentantenhaus ihre jeweiligen Versionen der Gesetzentwürfe für den Verteidigungshaushalt 1998, die den Änderungsantrag des demokratischen Senators für Florida, Robert Graham, enthalten.

In dieser Modifikation wird Kuba als "eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA" bewertet, und festgelegt, daß das Verteidigungsministerium dem Kongreß regelmäßig seine Einschätzungen über die Insel vorzulegen hat.

Der Zusatz war weder in Unterausschüssen noch in Ausschüssen des Senats debattiert worden und kam durch diese betrügerische Methode direkt in das Plenum des Parlaments. Dies ist Teil der Kampagne von Graham und seinen verbündeten kubanischen Rechtsextremisten in Miami, die ihn bei den Wahlen unterstützen.

Der betreffende Gesetzentwurf war an einen Ausschuß mit Vertretern beider Kammern weitergeleitet worden, der die beiden Versionen miteinander abstimmte. Von Beginn an hatte man vorgesehen, das Graham-Amendment ohne große Schwierigkeiten in den Schlußtext aufzunehmen, der jetzt der Zustimmung oder Ablehnung Clintons harret.

Nachdem der Abstimmungsprozeß beendet war, gab zuerst die Kammer und danach der Senat grünes Licht für die Initiative, und seine Unterstützer interessiert im Moment nur, die Angelegenheit möge diskret verlaufen, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Das Ganze erklärt sich daraus, daß der Kongreß von dogmatischen und aggressiven Rechtsextremisten dominiert wird, denn dort haben Elemente einen großen Einfluß, die unter anderem enge Beziehungen zu der sogenannten Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung in Miami pflegen, die bereits andere Projekte gegen Havanna eronnen hat.

Das Graham-Amendment wird vollständig lächerlich und zum Phantasieprodukt, wo es sich auf die notwendige Fähigkeit bezieht, das Volk und das Territorium der Vereinigten Staaten "gegen jeglichen kubanischen Angriff" zu verteidigen.

Der Zynismus der Graham-Initiative wird noch deutlicher durch die Behauptung, die Regierung Kubas habe stillschweigend eine "Massenauswanderung von Kubanern auf Booten und Flößen in Richtung Nordamerika" gefördert.

Wer trägt die volle Verantwortung für diese Situation? Es war in Washington und nicht in Havanna, wo 1966 das Gesetz über den Lastenausgleich für Kubaner verabschiedet wurde, das den Bürgern dieser Nationalität skandalöse Privilegien einräumte, die das US-Territorium illegal als "Flüchtlinge vor dem Castro-Kommunismus" betreten.

Der Senator stellt in seinem Amendment fest, sie seien gezwungen gewesen, Hunderte Millionen Dollar nur für die Aufnahme der Kubaner auszugeben, die dort seit 1994 ankamen, erwähnt aber dabei nicht die von der US-Regierung finanzierten Radiosender, die dazu

DAS GRAHAM-AMENDMENT

Eine militärische Bedrohung für Kuba

aufriefen, ihr Land illegal zu verlassen.

Graham erwähnt auch den Fall der Piratenflugzeuge, die am 24. Februar 1996 über kubanischem Territorium abgeschossen wurden. Er verheimlicht aber die Ursachen, die dazu führten, und wagt zu behaupten, bisher habe "die kubanische Regierung noch keine Entschuldigung" vorgelegt, und auch keine "Absicht gezeigt, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu handeln".

Erstens lastet die Verantwortung der Ereignisse des 24. Februar 1996 grundsätzlich auf denjenigen, die versäumten, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um zu vermeiden, daß die Souveränität Kubas weiterhin verletzt wird.

Zweitens, wenn wir von Entschuldigungen reden würden, hätten sich die USA oft, sehr oft bei Kuba zu entschuldigen, und zwar seit den Geschehnissen zu Beginn des 19. Jahrhunderts bis heute, wo der Kongreß ein so unsinniges Amendment befürwortet, wie das von Graham.

Der Senator bezieht sich auf die Notwendigkeit, innerhalb der Grenzen des Völkerrechts zu handeln. Man erinnere sich, selbst eine Gruppe von juristischen Experten der Organisation Amerikanischer Staaten, um nur ein Beispiel zu nennen, kam im vergangenen Jahr zu dem Schluß, das Helms-Burton-Gesetz, das von Graham so sehr verteidigt wird, verletze das zitierte Recht.

Nach diesen Betrachtungen setzt das Dokument fest, das Verteidigungsministerium habe bis zum 30. März 1998 eine Revision und eine Bewertung der militärischen Stärke Kubas und der "Drohungen für die Nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten, die von Fidel Castro und der Regierung Kubas ausgehen", zu machen.

Desgleichen müsse es einen Revisionsbericht an den Senatsausschuß für Bewaffnete Dienste und den Ausschuß für Nationale Sicherheit des Repräsentantenhauses geben.

In einem anderen Paragraphen legt das Amendment fest, der Verteidigungsminister habe dem Kongreß zu bescheinigen, daß die Pläne für den Ausnahmezustand erarbeitet und die Finanzierung gesichert sei, um das US-Territorium vor potentiellen feindlichen Aktionen Kubas zu schützen.

Abschließend heißt es, die Beurteilung der militärischen Stärke Kubas und der Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten, die von Fidel Castro und der Regierung Kubas ausgehen, durch die Geheimdienste, seien "die Grundlage für die Ausarbeitung der Pläne für den Ausnahmezustand".

Seit Beginn des laufenden Jahrzehnts ist das Pentagon an einer ausführlicheren Analyse der inneren Entwicklung unseres Landes interessiert, und US-Militärs waren eher geneigt, nach Formeln für eine Entspannungspolitik zu suchen. Hochrangige US-Militärs erklärten



bekanntlich mehrmals öffentlich, Kuba stelle keine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA dar.

Trotzdem wird die militärische Feindseligkeit gegen die Insel permanent aufrecht erhalten. Ein Beleg dafür sind die Operationen ihrer Flugzeuge, die sie von Stützpunkten nahe unseres Territoriums aus in angrenzenden Gebieten parallel zu militärischen Aufklärungsflügen durchführen, die ebenfalls feindlichen Charakter haben.

Außerdem patrouillieren ihre mit Mittelstreckenraketen bestückten Kriegsschiffe ständig die Karibik und den Golf von Mexiko.

Die Annahme des Graham-Amendments durch die beiden Kammern des US-Kongresses ist für Kuba eine sehr ernste und gefährliche Angelegenheit, unter anderem deshalb, weil sich daraus ein neues Instrument für Provokationen größeren Ausmaßes entwickeln kann.

Die Idee dabei ist, uns vor einem rechtsradikalen Kongreß als Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten zu präsentieren. Dieser Kongreß hat im Übermaß seinen Haß gegen die kubanische Revolution gezeigt und seine klare Absicht, sie durch konkrete Maßnahmen, wie etwa mit dem Helms-Burton-Gesetz, zu zerstören.

Auf diese Weise versuchen unsere Feinde, ihren Großangriff gegen unser Land auf alle Fronten auszudehnen, dem bereits stattfindenden ökonomischen und ideologischen Krieg wollen sie mit offenen militärischen Einschüchterungen erweitern, wodurch die Beziehungen zwischen beiden Ländern noch komplizierter und schwieriger werden.

Mit der Annahme des Graham-Amendments als Teil des Gesetzentwurfes, der die Ausgaben des Pentagons genehmigt, gibt der Kongreß darüber hinaus auch den terroristischen Gruppierungen kubanischer Herkunft in Miami einen starken Rückhalt, die mit ihren Machenschaften versucht haben, eine militärische Auseinandersetzung zwischen Washington und Havanna zu provozieren.

Für all dies liefert es noch einen

weiteren Beweis. Um das nicht zu den Akten gelegte Ziel, die Revolution auszulöschen, zu erreichen, strebt es an, alle möglichen Mittel auf Kuba zu konzentrieren, darunter auch viele derer, die sie gegen die Sowjetunion und das sozialistische Osteuropa eingesetzt hatten. Für die Öffentlichkeit unserer Region muß das Votum des US-Kongresses für eine Klausel wie das Graham-Amendment, das sich grob und gefährlich gegen die Souveränität der Nationen richtet, eine große und erstrangige Besorgnis darstellen.

Es darf nicht vergessen werden, daß die Vereinigten Staaten bereits "attestieren", welche Länder sich in der Region bei der Bekämpfung des Drogenhandels gut oder schlecht betragen und Jahresberichte herausgeben, in denen sie über die Lage der Menschenrechte in Lateinamerika und der restlichen Welt urteilen.

Letzteres erscheint heute noch ironischer denn je, denn gerade jetzt untersucht die UNO unter der schwachen Mitarbeit ihrer Regierenden die rassistischen und juristischen Grausamkeiten, die in den Vereinigten Staaten bei der Anwendung der Todesstrafe begangen werden.

Angesichts der vom US-Kongreß betriebenen militärischen Bedrohung ist heute die Verteidigung Kubas mehr denn je zuvor die Aufgabe aller Patrioten, und ihre Einheit ist die wichtigste Waffe im Kampf gegen die neuen Drohungen von außen.

Kuba, seiner unveränderlichen Linie treu, wünscht keinen Krieg, provoziert ihn nicht und wird dies auch niemals tun. Aber es hat in jeder Hinsicht alles Notwendige, um demjenigen, der sich erdreistet es anzugreifen, einen grenzenlosen Widerstand entgegenzusetzen, denn unsere Unabhängigkeit und Souveränität sind uns überaus teuer.

Weder dieses Graham-Amendment, noch tausend andere, werden uns die Knie zittern lassen, das haben wir oft genug bewiesen. Und der größte Fehler der anderen Seite ist nach wie vor das Unverständnis dafür, daß hier derartige Handlungen bei uns das Gegenteil von dem bewirken, was sie beabsichtigen.

Das hilft uns einmal mehr, uns darüber klar zu werden, in welcher Zeit wir leben, unter welchen Umständen wir uns entwickeln; um besser zu begreifen: für uns kubanische Patrioten sind Spaltung und Naivität unzulässig, weil wir das Leben der Revolution, die uns gehört, aufs Spiel setzen. Darum müssen wir weiterhin mit dem eigenen Kopf denken und fest auf dem Boden der harten Tatsachen bleiben.

Daher ist es auch so außerordentlich wichtig, die Einheit derjenigen zu stärken, die sich unter Anerkennung der bestehenden Unterschiede zusammenschließen und in Kuba die Unabhängigkeit und Souveränität verteidigen, die uns die Revolution neben anderen edlen Errungenschaften gebracht hat.

Der kürzlich stattgefundenen V. Parteitag hat die allgemeinen Richtlinien festgelegt, und sehr richtig festgestellt: je schneller sich die Wirtschaft erholt, je fester wir ideologisch sind, je effizienter wir arbeiten, desto stärker wird die nationale Verteidigung sein.

In den USA hat der von Steinzeitmenschen dominierte Kongreß dem Graham-Amendment zugestimmt, das sich als eine militärische Bedrohung für Kuba entpuppt. Jetzt hat Clinton zu entscheiden. Unterdessen arbeiten wir hier in Ruhe weiter, um vorwärts zu kommen.



Die Invasion in der Schweinebucht war einer der Höhepunkte des schmutzigen Krieges der USA gegen Kuba

Einzelheiten des schmutzigen Krieges der USA gegen Kuba aufgedeckt

• WASHINGTON, - Nach nunmehr freigegebenen und veröffentlichten, ehemals geheimen Dokumenten hatte das Pentagon in den 60er Jahren Pläne zur Desinformation erarbeitet, um eine militärische Invasion der USA gegen Kuba voranzutreiben.

Rund 1.500 Seiten militärischer Akten über die Kubapolitik von 1962 bis 1964 auf höchster Ebene des Verteidigungsministeriums sind im Rahmen der Bekanntmachung der Dokumente veröffentlicht worden, die mit dem politischen Umfeld des Ex-Präsidenten John F. Kennedy in Verbindung stehen.

Diesen Dokumenten zufolge hatte der Gemeinsame Generalstab der US-Streitkräfte vorgeschlagen, eine militärische Operation zum Sturz der Kubanischen Revolution zu starten. Dafür wurden Pläne erarbeitet, um einen Angriff auf den illegalen Stützpunkt Guantánamo vorzutauschen. Anschließend soll-

ten die Kubaner beschuldigt werden, um so einen "Vorwand" für die Invasion zu haben, berichtet AFP.

Eine weitere Variante war der Einsatz biologischer Waffen, um den Treibstoff aus der UdSSR unbrauchbar zu machen, sowie ein Plan, der die Fälschung von Fotografien vorsah, um Fidel Castro zu verleumdern.

In diesem Zusammenhang war die Operation *Truco Sucio* (Schmutziger Trick) ersonnen worden, nach der Kuba beschuldigt worden wäre, falls der erste Raumflug der USA scheitern sollte. Dazu sollten vermeintliche Beweise für "elektronische Interferenzen" vorgefertigt werden.

Derartige Pläne seien nach der verteilten Invasion entstanden, die mit der Niederlage in der Schweinebucht endete, sagte Anna Nelson, Mitglied der vom US-Kongreß geschaffenen Geschäftsstelle zur Veröffentlichung von Dokumenten, deren Geheimhaltung aufgehoben wurde.

15 Jahre Haft für US-Bürger Van Der Veer

• DAS Provinzgericht von Havanna hat in mündlicher Verhandlung am 11. November den US-Bürger Walter Van Der Veer zu 5 Jahren Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß sich Van Der Veer der "Förderung von bewaffneten Aktionen gegen Kuba und wei-

terer Taten gegen die Sicherheit des Staates" schuldig gemacht hat. Der Staatsanwalt Enrique Nuñez Grillo hatte eine Freiheitsstrafe von 20 Jahren gefordert.

Die Strafe wurde auf Grundlage der Artikel 92 und 28 des kubanischen Strafgesetzes verhängt.

Bischöfe verurteilen die Blockade gegen Kuba

• VATIKANSTADT, - Bischöfe der amerikanischen Synode, die von Prälaten aller Länder des Kontinents besucht wird, sprachen sich für die Aufhebung aller Wirtschaftsblockaden aus, besonders der gegen Kuba gerichteten Blockade der Vereinigten Staaten, berichtete Prensa Latina. Die Synode war am 6. November von Papst Johannes Paul II. eröffnet worden und ihr Ende ist für den 12. Dezember vorgesehen.

Monsignore Oscar Rodríguez Maradiaga, Präsident des Lateinamerikanischen Episkopalrates (CELAM), erinnerte auf einer Pressekonzferenz, daß die Kirche dieser Region mehrfach die Überzeugung zum Ausdruck gebracht habe, derartige Maßnahmen seien nicht der Weg, die Probleme zu lösen, und sie seien ungerecht, denn sie erhöhten die Leiden der ärmsten Sektoren der Gesellschaft. Er versicherte, das Embargo müsse vor allem "über den Waffenhandel" ver-

hängt werden, "der mehr Konflikte schafft und ein unmoralischer Handel ist".

Der honduranische Erzbischof gab auch die Absicht der Kirche bekannt, bei internationalen Institutionen vorzusprechen, um wenigstens eine Reduzierung der angehäuften Auslandsschulden der armen Länder bis zum Jahr 2000 zu erreichen.

Auch Kardinal Roger Mahoney aus Los Angeles bestand darauf, daß es notwendig sei, die Auslandsschulden zu streichen und meinte, die Welt müsse wissen, daß der größte Teil der Darlehen an Lateinamerika nicht dem einfachen Volk zugute gekommen sei.

Der Präsident des CELAM sagte, die Kirche verteidige kein konkretes politisches System, sondern "die Freiheit der Bürger eines Landes, sich ihr eigenes politisches System zu geben", unter dem es wünscht, regiert zu werden.

Papstbesuch vom 21. bis 25. Januar

• BEI ihrem letzten Besuch in Kuba haben Pater Roberto Tucci und Dr. Alberto Gasbarri, Koordinator bzw. Assistent der Pastoralreisen von Papst Johannes Paul II. außerhalb Italiens, mit den geistlichen und zivilen Institutionen das Programm abgestimmt, das der oberste Vertreter der katholischen Kirche vom 21. bis 25. Januar 1998 wahrnehmen wird. Die Ankunft in Kuba wurde für Mittwoch, den

21., am Nachmittag, die Rückreise nach Rom für Sonntag, den 25., in den Abendstunden, vereinbart.

Während seines Aufenthalts in unserem Land wird der Papst Messen auf öffentlichen Plätzen in Havanna, Santa Clara, Camagüey und Santiago de Cuba abhalten.

Das allgemeine Besuchsprogramm wird nach Vereinbarung mit den Vertretern des Vatikans im Dezember bekanntgegeben.

Reisemöglichkeiten zum Papstbesuch

• AUS Anlaß des Besuches von Papst Johannes Paul II. gestattet die kubanische Regierung wie beantragt Einfahrt eines Kreuzfahrtschiffes aus den USA in den Hafen von Havanna. Ebenso werden die beantragten Direktflüge von Chartermaschinen aus den USA genehmigt. Weiteren Kreuzfahrtschiffen kann aus Mangel an Anlegeplätzen nicht die Einfahrt in den Hafen gestattet werden. Die kubanischen Behörden sind jedoch bereit, alle neuen Anträge für Charterflüge mit Pilgern, die aus den USA anreisen möchten, zu genehmigen.

Diese oben genannten Einreisemöglichkeiten ins Land gelten für Bürger kubanischer Herkunft, ganz gleich ob sie in den USA oder einem anderen Land wohnen. Gleiches gilt für Bürger der USA oder Ausländer, die in diesem Land wohnen.

Aus Sicherheitsgründen benötigen alle diese Personen eine Einreisegenehmigung oder ein Son-

dervisum. Diese Genehmigungen oder Sondervisa für Reisen nach Kuba in der Zeit vom 6. bis zum 31. Januar 1998 müssen in jedem Fall in einem unserer Konsulate im Ausland beantragt werden.

Jene Personen kubanischer Herkunft, die über eine gültige Reiseerlaubnis oder einen regulären Wohnsitz im Ausland verfügen, benötigen die genannte Sondergenehmigung nicht. Kubaner, die zu einem normalen Familienbesuch anlässlich des Jahreswechsels ins Land kommen, können sich bis zum 5. Januar 1998 in Kuba aufhalten. Von diesem Datum bis zum 1. Februar benötigen sie die Sondergenehmigung, um weiter im Land zu bleiben.

Die direkten Charterflüge werden auf dem Internationalen Flugplatz José Martí landen.

Für Besuche von ausländischen Touristen in Kuba gelten die gleichen Regelungen und Bestimmungen wie immer.

Enthüllungen der Zeitung
The Miami Herald über die
Bombenanschläge auf
Hotels in Havanna

Kuba lügt nie

NICANOR LEON COTAYO

• DIE Zeitung The Miami Herald forschte zwei Monate nach den Hintergründen der Sabotageanschläge, die vor Monaten auf Hotels in Havanna durchgeführt wurden. Das Ergebnis dieser Ermittlung zeigte, daß die von den kubanischen Behörden dazu formulierten Anklagen voll und ganz der Wahrheit entsprechen.

Wie man sich erinnern wird, gab das Innenministerium seit der ersten Information zu diesem Thema bekannt, es verfüge über Beweismaterial, daß die Verantwortlichen dieser Terrorakte aus den Vereinigten Staaten kommen, ebenso wie die eingesetzten Materialien.

Im Gegensatz dazu begannen Zeitungen und Radiosender aus Miami damit, die Version zu verbreiten, die diese Aktionen seien in unserem Land von angeblichen illegalen Zellen von Gegnern der Revolution ausgeführt worden. Dabei versuchte man sogar, Angehörige der Revolutionären Streitkräfte und des Innenministeriums dafür verantwortlich zu machen.

In späteren Informationen, die im Zusammenhang mit der Festnahme des salvadorianischen Terroristen Raúl Ernesto Cruz León herausgegeben wurden, erklärte das Innenministerium, es bestehe nicht der geringste Zweifel, daß es sich in diesem Fall um eine peinlich genau organisierte Operation gehandelt habe, die von einer subversiven Gruppe aus Miami geplant und durchgeführt wurde, die zur sogenannten Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung (FNCA) gehört.

Ebenso habe man Beweise für den Einsatz von Ausländern bei den besagten Aktionen gehabt, heißt es dort weiter, wodurch es möglich wurde, Cruz León festzunehmen. Weiterhin habe man sichere Informationen über die Existenz eines Söldnernetzes in El Salvador, das sich dem Terrorismus und dem internationalen Drogenhandel widmet und in enger Verbindung zu der extremen Rechten kubanischer Herkunft in Miami steht.

In der Note des Innenministeriums heißt es weiter, daß schon seit langem einige Mitglieder dieser ultrarechten Kreise die reaktionärsten Kräfte dieses mittelamerikanischen Landes, bis hin zu den Todesschwadronen, unterstützten und sich offen mit ihnen verbündeten.

In seiner Sonntagsausgabe vom 16. November veröffentlichte der Miami Herald die Ergebnisse seiner Nachforschungen, die auf mehreren Dutzend Gesprächen beruhen, die mit Sicherheitsoffizieren und Freunden der Attentäter geführt wurden sowie mit verschiedenen Personen aus Miami, El Salvador, Guatemala und Honduras, darunter viele kubanischer Herkunft.

Die Zeitung betont, die Gespräche mit den Salvadorianern seien mit Hilfe der dortigen Publikation Diario de Hoy geführt worden, die ebenfalls in ihrer Sonntagsausgabe bestätigte, eine Gruppe Söldner ihres Landes sei von kubanischen Elementen aus Miami angeworben worden, um in Havanna Sprengstoffanschläge zu verüben.

Nach Angaben des Herald war der Verbindungsmann zwischen den Gruppen aus Miami und den salvadorianischen Söldnern der Terrorist kubanischer Herkunft Luis Posada Carriles, dessen umfangreiches Verbrechenregister u.a. die Beteiligung an der Zerstörung eines sich in der Luft befindlichen kubanischen Zivilflugzeuges enthält, bei der 73 Personen umkamen.

Posada Carriles steht in enger Verbindung

mit der sogenannten Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung, wie er in seinem im August 1994 veröffentlichten Buch *Los Caminos del Guerrero* (Die Wege des Kriegers) gesteht. Dort schreibt er, er verdanke der Stiftung neben anderen Gefälligkeiten, einem venezolanischen Gefängnis entkommen zu sein, wo er wegen der o. g. Sabotage einsaß.

In diesem Bericht schreibt der Terrorist sogar, der Leiter der Stiftung, Jorge Mas Canosa und seine Mitarbeiter Pepe Hernández und Feliciano Foyo seien "sehr qualifizierte Leute" und er gesteht, "ich bekomme von ihnen regelmäßig jeden Monat genügend Geld".

Damit wird verständlich, warum Posada Carriles sich einmal mehr der FNCA unterordnet, um Terroranschläge gegen Kuba zu verüben. Und es erklärt insbesondere seine Beziehung, die er zu dem illegalen militärischen Arm dieser Fraktion unterhält. Einer der Anführer dieser Gruppierung, Alberto M. Hernández Sarduy, wird ebenfalls im o. g. Buch sehr gelobt.

Zur Finanzierung der Attentate auf Hotels in Havanna wurde den mit dieser Operation beauftragten Personen, darunter eine Bande aus der Unterwelt El Salvadors, 15.000 Dollar aus Südfloida geschickt, heißt es im Miami Herald. An dieser finanziellen Transaktion waren wieder einmal Posada Carriles und seine Beschützer von der FNCA beteiligt.

Dieses Geld wurde genutzt um Söldner wie Raúl Ernesto Cruz León zu kaufen, dem für jede Bombe, die er in unserem Lande legt eine Summe von 4.500 Dollar versprochen wurde. Eine dieser Bomben kostete den jungen italienischen Touristen Fabio Di Celmo das Leben, andere verletzten weitere Personen.

Wie schon in unseren Veröffentlichungen, so weist auch der Herald darauf hin, daß Cruz León der salvadorianischen Armee angehörte und sich später Gangsterbanden anschloß, die sich dem Autodiebstahl und bewaffneten Überfällen auf Geschäfte und Wohnhäuser widmeten.

Danach nahm er Verbindung zu Francisco Chávez auf. Dessen Vater, Francisco Chávez Díaz, handelte in den 80er Jahren mit Waffen und sitzt derzeit wegen Verkauf von unbrauchbaren Medikamenten an Hospitäler im Gefängnis.

Die Waffen, mit denen er handelte, hatte die Armee von der Guerilla erbeutet, so die Zeitung, und danach an Chávez Díaz verkauft. Später macht er die gleichen Geschäfte mit den sogenannten Contras in Nicaragua. Bei diesem Treiben lernte er Posada Carriles kennen.

Dieser half in jener Zeit bei der Leitung eines heimlichen Waffenlagers der Contras und der Aufrechterhaltung eines Nachschubweges auf dem salvadorianischen Luftwaffenstützpunkt, der vom US-amerikanischen Oberst Oliver North eingerichtet worden war. North ist durch die Iran-Contra-Affäre hinreichend bekannt.

Francisco Chávez, wie auch Raúl Cruz León und zwei weitere Salvadorianer wurden von einer Person kubanischer Herkunft ausgebildet, deren Namen der Herald nicht nennt, über die er aber schreibt, sie sei ein Untergebener von Posada Carriles gewesen.

Den Chef dieses Ganovenetzes, Francisco Chávez, charakterisiert die Zeitung als einen "gaunerhaften Revolverheld", der von seinen Bekannten als "Gangster ohne Arbeit aber mit viel Geld" bezeichnet wird.

In weiterer Übereinstimmung mit den Feststellungen aus Havanna ergaben die Nachforschungen der Zeitung, daß am gleichen Tag an dem hier die Festnahme von Cruz León bekanntgegeben wurde, sein Chef Chávez dort zu seinen Freunden sagte, Cruz León habe ihn wenige Tage zuvor von der Insel aus angerufen.

Weiter heißt es dort, Chávez habe sich mehrfach in der kubanischen Hauptstadt aufgehalten und nach den Angaben in seinem Ticket habe seine letzte Ausreise ca. 12 Stunden vor der ersten Bombenexplosion gelegen.

Ein halbes Dutzend Zeugen äußerten, Chávez habe zwei Reisen von Cruz León nach Havanna organisiert (im Juli bzw. im August dieses Jahres), und der Wächter eines Parkplatzes vom Flugplatz in El Salvador erinnert sich, gesehen zu haben, wie zwei Männer eine Kiste mit einem Fernsehapparat getragen hätten. Dieser Fernseher wurde hier als Mittel für die Einfuhr des Sprengstoffs C-4 erkannt.

Nach diesem langen Bericht erklärt die Zeitung zusammenfassend:

"Die Enthüllungen vom Herald bestätigen maßgeblich die Version der kubanischen Polizei, daß die Bomben eine Arbeit von Salvadorianern und Auslandskubanern waren", "und nicht das Werk von Oppositionellen auf der Insel".

Meiner Meinung nach kann man daraus noch weitere Schlüsse ziehen, insbesondere deshalb, weil die Nachforschungen von einer Zeitung durchgeführt wurden, die sich niemals als Freund der Kubanischen Revolution auszeichnete.

So helfen sie z.B. besser zu verstehen, wer einige der Feinde Kubas sind, in diesem Fall eine Mischung von salvadorianischen Gangstern und Terroristen kubanischer Herkunft, die sich seit Jahren unbehelligt in Miami bewegen.

Völlig skrupellose Elemente, ständig bereit mit jedem zu paktieren, um ihren persönlichen Willen durchzusetzen. Dabei interessieren sie sich auch nicht dafür, bis zu welchem Grad sie der Regierung der Vereinigten Staaten schaden, wenn sie hemmungslos die gesetzlichen Bestimmungen über die Neutralität verletzen, die vermeintlich verbieten, daß derartige Aktionen von dem Territorium des Landes ausgehen.

Sie schrecken nicht davor zurück, das Weiße Haus in eine schwierige Situation zu bringen, das sich einerseits aufbläst, Gegner des weltweiten Terrorismus zu sein und von dessen eigenem Territorium andererseits genau diese Art von Aktivitäten gegen eine Nachbarnation auszuüben. Wie kann man das dort der Welt erklären? Wie können sie sich denen gegenüber rechtfertigen, die sie willkürlich auf ihre Listen der Länder setzen, die den Terrorismus fördern?

Zweifellos bewegt man sich hier auf gefährlichem Eis, das dazu noch recht dünn ist. Noch besorgniserregender wird es allerdings, wenn man von den herzlichen Beziehungen weiß, die einige ihrer Beschützer im aktuellen Kongreß haben, der von Leuten beherrscht wird, die letztendlich diesen subversiven Elementen die Hände reichen.

Enthält der Bericht von Herald auch noch lange nicht alle Details über die Beteiligten und die Verantwortung der selbstherrlichen konterrevolutionären Anführer, und auch nicht alle Pläne die sie versucht haben, unter der Leitung und mit finanzieller Ausstattung der sogenannten Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung auszuführen, deren Präsident der traurig-berühmte Mas Canosa ist, und werden auch die anderen Grüppchen nicht erwähnt, die zusammen mit jener von der Vereinigten Staaten aus gehandelt haben, so sind doch die Fakten, die er zur Beurteilung der Zusammenhänge beiträgt, von unbestreitbarer Wichtigkeit.

Die letzte Botschaft, die von der journalistischen Arbeit des Miami Herald ausgeht, ist, wie uns die harte Realität einmal mehr lehrt: Kuba lügt nie.